

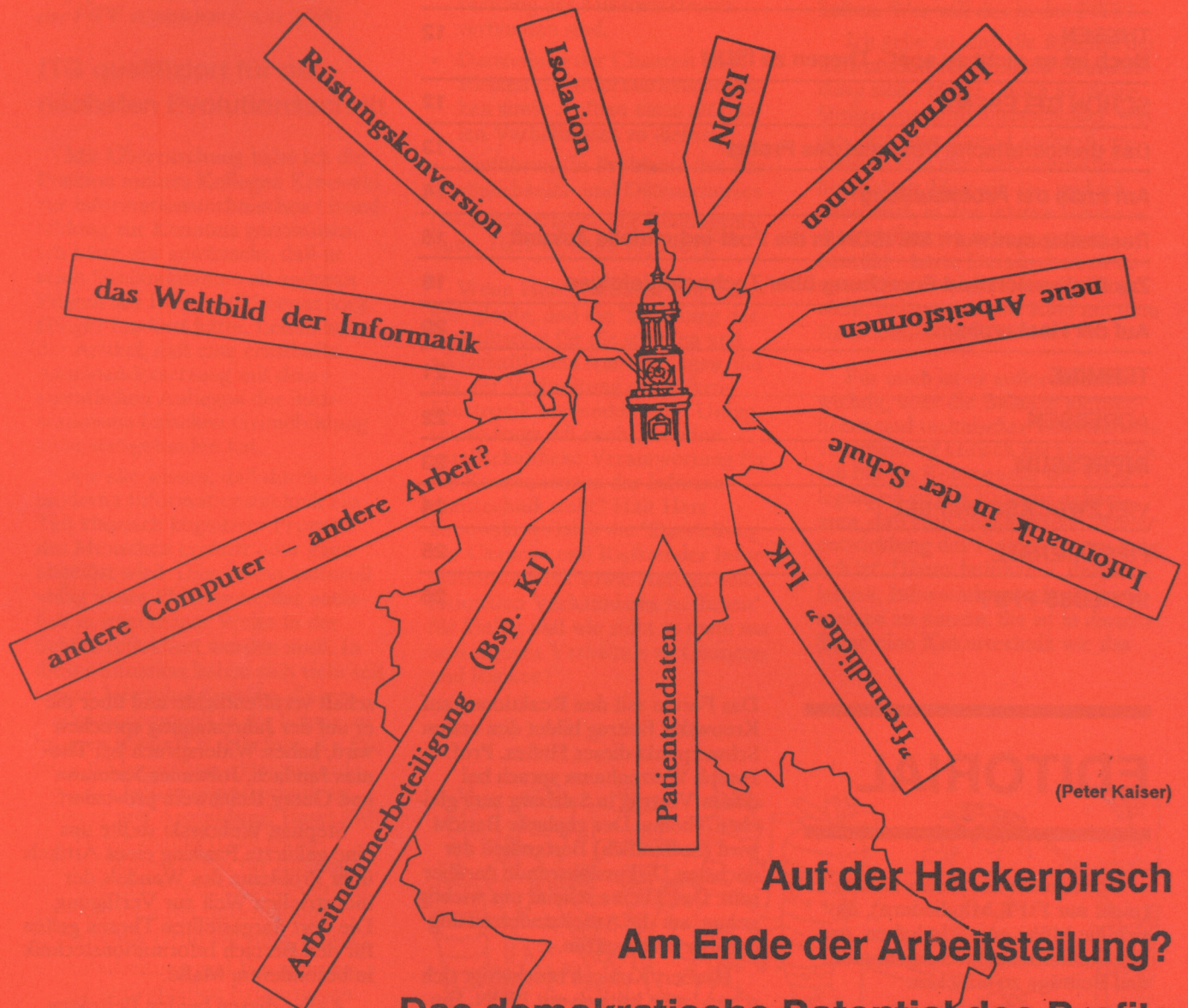
K O M M U N I K A T I O N

Forum Informatiker
für Frieden und
gesellschaftliche
Verantwortung e.V.

5. Jahrgang
Oktober 1988

Heft 3/88

Einzelpreis: DM 1.50



(Peter Kaiser)

**Auf der Hackerpirsch
Am Ende der Arbeitsteilung?
Das demokratische Potential des Profits
Mit ISDN in die Post-industrielle Zukunft
Zur Diskussion und Forschung über Technologiefolgen**

INHALT

EDITORIAL	2
FORUM	3
AKTUELL	8
Priesterherrschaft und Demokratie	
8 goldene Regeln zur Arbeit mit vernetzten Systemen	
Wildwest in Frankreich	
Bericht von der Vorstandsklausur	
THESEN	12
Noch ist es nicht zu spät - Thesen zu ISDN	
SCHON GELESEN?	12
Das demokratische Potential des Profits	13
Am Ende der Arbeitsteilung?	14
Resolutionsentwurf: Mit ISDN in die Post-industrielle Zukunft	16
Zur Diskussion und Forschung über Technologiefolgen	18
Auf der Hackerpirsch	20
TERMINE	21
ADRESSEN	22
IMPRESSUM	23
VIELZWECKSCHNIPSEL	24
FIFF ÜBERALL	25
SCHLUSS-PFIFF	26

EDITORIAL

Wir danken den vielen Lesern (nicht nur FIFF-Mitgliedern), die sich die Mühe gemacht haben, uns ihre Reaktionen, Stellungnahmen und Beiträge zu schicken.

Hans-Jörg Kreowskis Thesen haben Widerspruch provoziert. Wir freuen uns, daß die FIFF KOMMUNIKATION beginnt, Diskussionsforum zu sein, und bieten Klaus Haefner, Joachim Hertzberg und Michael Lange, die sich durch Kreowskis Thesen zu einer Entgegnung herausgefordert fühlen, gern Raum dazu.

Das Forum mit den Reaktionen auf Kreowskis Beitrag bildet den ersten Schwerpunkt dieses Heftes. Prof. Joseph Weizenbaum sprach bei einem Vortrag in Salzburg zum gleichen Thema. Der geplante Bericht wird (hoffentlich) Bestandteil der nächsten Diskussionsrunde darüber sein. Das Thema scheint uns wichtig genug, um die Auseinandersetzung darüber fortzusetzen.

Herbert Kubicek beschäftigt sich schon lange kritisch mit ISDN. Ein Interview der TAZ mit ihm haben wir zu den Thesen dieses Heftes zusammengefaßt. Wir halten die öffentliche Diskussion über ISDN für wichtig und wollen unsere Vorstellungen dazu einbringen.

Auch die Thesen von Gerhard Wohland, die er im Forum Wissen-

schaft veröffentlichte und über die er auf der Jahrestagung sprechen wird, haben Widerspruch bei Thomas Jandach, Johannes Joemann und Georg Reichwein provoziert.

Stephan Wehowski stellte uns eine gekürzte Fassung eines Artikels über Probleme des Wandels der industriellen Welt zur Verfügung. Die dort dargestellten Thesen gelten für den Bereich Informationstechnik in besonderem Maße.

Außer diesen beiden Beiträgen sollen ein Resolutionsentwurf zu ISDN und ein Artikel zur Technologiefolgendiskussion helfen, die Jahrestagung vorzubereiten (Tagungsort: siehe unter TERMINE).

Die Münchner Redaktion

FORUM

Informationstechnische Grundbildung (ITG) - doch kein Unfug?

(Zu den Thesen "Informationstechnische Grundbildung für alle ist Unfug" von Hans-Jörg Kreowski in der FIFF KOMMUNIKATION 2/88)

ITG qualifiziert für den nächsten Evolutionsschritt

Mit Überraschung habe ich die Position meines Kollegen Kreowski zur informationstechnischen Grundbildung zur Kenntnis genommen. Ich hätte mir gewünscht, daß er seine "Stellungnahme zu anderen Fragen der Informatik" etwas sorgfältiger fundiert hätte. Leider zeigt der Artikel, daß eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem eigentlichen Anliegen der informationstechnischen Grundbildung nicht stattgefunden hat.

Wir alle wissen, daß durch die moderne Informationstechnik ein Teil klassisch kognitiver Prozesse des Menschen ergänzt oder ganz abgelöst wird. Dies ist ein kulturell völlig neues Phänomen, das natürlich in irgendeiner Weise in der Schule reflektiert werden muß. In dieser Situation haben sich viele seit einem Jahrzehnt bemüht, diesen Reflektionsprozeß in die Schule zu bringen (siehe z.B. Haefner, K.: Die neue Bildungskrise - Herausforderung der Informationstechnik an Bildung und Ausbildung, Basel 1982 ff.). Heute definiert die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung als Aufgaben der informationstechnischen Grundbildung: (Zitat)

- Aufarbeitung und Einordnung der individuellen Erfahrungen mit Informationstechniken.
- Vermittlung von Grundstrukturen und Grundbegriffen, die für die Informationstechnik von Bedeutung sind.
- Einführung in die Handhabung eines Computers und dessen Peripherie.

- Vermittlung von Kenntnissen über die Einsatzmöglichkeiten und die Kontrolle der Informationstechniken.
- Einführung in die Darstellung von Problemlösung in algorithmischer Form.
- Gewinnung eines Einblickes in die Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung.
- Schaffung des Bewußtseins für die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen, die mit der Verbreitung der Mikroelektronik verbunden sind.
- Darstellung der Chancen und Risiken der Informationstechniken sowie Aufbau eines rationalen Verhältnisses zu diesen.
- Einführung in Probleme des Persönlichkeits- und Datenschutzes (BLK-Materialien zur Bildungsplanung, Heft 16, Seite 11, 1987).

Wenn Herr Kreowski nun ernsthaft glaubt, daß die "Schaffung des Bewußtseins für die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen, die mit der Verbreitung der Mikroelektronik verbunden sind" Unfug sei, so frage ich mich, wo seine gesellschaftliche Verantwortung für die Konsequenzen der Informationstechnik steht? Hält Herr Kreowski wirklich die "Darstellung der Chancen und Risiken der Informationstechnik sowie Aufbau eines rationalen Verhältnisses zu diesen" für Unfug und wie steht es dann um sein eigenes Verhältnis zu Chancen und Risiken?

Was in seinem Artikel auch völlig vergessen wird, ist der Ansatz, informationstechnische Grundbildung in Schule, Berufsschule, Hochschule und Weiterbildung zu realisieren. Dies ist das Konzept der Bund-Länder-Kommission. Die informationstechnische Grundbildung z.B. in der Universität als Unfug zu bezeichnen, hieße, breite Schichten hochqualifizierter Studenten von einer "Aufarbeitung und Einordnung der individuellen Erfahrungen mit Informationstechniken" bewußt abzuhalten. Wer will das in der FIFF?

Ich gebe zu, daß die Realität der informationstechnischen Grundbildung sich - leider - noch an vielen Stellen von dem unterscheidet, was die Ziele der Bund-Länder-Kommission und der Kultusminister beinhalten. Hier gilt es - und ich habe mich in den letzten Jahren in diesem Bereich sehr engagiert bemüht - harte Detailarbeit zu leisten. Dies erreicht man allerdings nicht, indem man das Kind mit dem Bade ausschüttet.

Für mich ist es außerordentlich wichtig, über die Balance menschlicher und technischer Informationsverarbeitung kritisch nachzudenken. Ich bin als Konsequenz der Überlegungen zu der Einsicht gekommen, daß eine angemessene Weiterentwicklung des Homo sapiens möglich ist. Dieses beinhaltet, daß wir lernen, Informationstechnik angemessen zu nutzen. Sie ist in diesem Sinne eine Kulturtechnik wie das



"San Sie da Programmierer von dem Verein?"

(Quelle: SZ, Ernst Hürlimann)

Sprechenkönnen, das Schreibenkönnen, das Lesenkönnen. Es handelt sich nicht um die Bedienung einer Maschine, sondern um die Organisation kognitiver Prozesse.

Mich erinnern die Ausführungen von Herrn Kreowski an die anklagenden Schriften der Mönche mittelalterlicher Klöster, die sich damals gegen die Nutzung des Buches im Unterricht ausgesprochen haben. Trotz dieser Unkenrufe ist die Evolution der Informationsverarbeitung weitergegangen. Unser demokratisches System heute basiert nicht unwesentlich auf der Fähigkeit des Menschen, mit geschriebenen Texten umzugehen.

Ich halte es für notwendig, daß wir auch die nächste Stufe, nämlich die Nutzung der extrasomatischen Informationsverarbeitung, als Stufe der Evolution von Informationsverarbeitungsprozessen zur Kenntnis nehmen (siehe hierzu meine Artikel-Serie im Computer-Magazin 1986) und diesen Evolutionsschritt auch in Bildung und Ausbildung reflektieren. Verzichten wir auf eine solche kritische Auseinandersetzung in Bildung und Ausbildung, so überlassen wir der informationstechnischen Industrie allein die Art und Weise, wie sie Informationstechnik in die Gesellschaft implementieren will. Wollen wir dies wirklich?

Klaus Haefner
Universität Bremen
Fachbereich Informatik
Postfach 330440
2800 Bremen 33

Mit ITG gegen die Arroganz der Experten

Lieber Herr Kreowski!

Mein Fach ist die Künstliche Intelligenz; von Zeit zu Zeit wage ich allerdings, als einfacher Informatiker auch Stellung zu Fragen der Informatik im allgemeinen zu nehmen: wenn ich nämlich auf entscheidende Thesen stoße, die ich für falsch oder gar gefährlich halte. Einige solche Thesen finden sich in Ihrem Beitrag.

Wenn ich Ihre Argumentation recht verstanden habe, wollen Sie sagen, daß "nicht gleich neue Bildungskrisen" ausbrechen, wenn man jetzt nicht sofort eine Informatik-

Grundausbildung in den allgemeinbildenden Schulen etabliert, und daß man infolgedessen Zeit hat, sich in aller Ruhe zu überlegen und auszudiskutieren, worin eine solche Grundausbildung bestehen soll. Das halte ich mindestens teilweise für falsch.

Ich weiß nicht genau, was eine Bildungskrise ist, aber ich halte es für einen Skandal und für die Aushöhlung der Grundlagen der Mitbestimmungsidee, wenn große Teile der Bevölkerung in vielen Bereichen ihres Privat- und Berufslebens mit einer Technik konfrontiert werden, deren Grundlagen große Teile der Bevölkerung nicht verstehen.

Was sagt uns denn das Argument, daß es sich bei Computern um Maschinen handelt, "deren Handhabung leicht erlernbar ist"? Lieber Herr Kreowski, ich weiß nicht, mit welchen Menschen Sie zusammenkommen; aber ich stelle immer wieder fest, daß zum einen für viele die Handhabung von Rechnern *nicht* leicht erlernbar ist und daß zum zweiten es vielen für ein befriedigendes Arbeiten mit einem Rechner nicht reicht zu wissen, wie man einige Befehle richtig eingibt, sondern daß die Menschen auch noch *verstehen* wollen, was sie eigentlich tun. Mit Ihrem Argument kann man den Lehrstoff an den allgemeinbildenden Schulen auf Null reduzieren, denn - Hand aufs Herz: - was ist denn für "durchschnittlich Begabte, halbwegs gut Ausgebildete" als Schulstoff wirklich schwer?

Der Vergleich mit der unvoreingenommenen Nutzung von Autos oder Gebäuden oder der Medizin ist gut, denn er zeigt, was passiert, wenn sich weite Teile der Bevölkerung darauf verlassen, daß die Experten der jeweiligen Fächer schon das Rechte tun werden fürs Wohl der Allgemeinheit. Haben Sie sich noch nie gewünscht, Architekten zwangsweise in den Häusern einzuquartieren, die sie gebaut haben? (Oder - je nach Fassade - in der Straße gegenüber?) Haben Sie sich noch nie vorgestellt, wie unsere Städte und unsere öffentlichen Nahverkehrssysteme jetzt aussehen könnten, wenn wir seit vierzig Jahren eine allgemeine, informierte Debatte über Städteplanung und die Rolle des Individualverkehrs gehabt hätten? Haben Sie noch nie von

Menschen gehört (vielleicht sogar "durchschnittlich Begabten, halbwegs gut Ausgebildeten"), die Mediziner gegenüber ohnmächtige Ausgeliefertheit verspüren, weil sie einfach nicht verstehen, wie sie therapiert werden?

Gerade weil, wie Sie bemerken, die Computerei sich entwickelt und die neuen Technologien "erst in geringem Umfang eingeführt" sind und gerade weil die Informationstechnik eine große praktische Bedeutung erlangt, ist es erforderlich, daß möglichst viele jetzt und zukünftig Betroffene die Grundlagen dieser Technik verstehen, denn noch kann man vielleicht Fehler vermeiden, die anderswo gemacht worden sind! Wenn, um Ihr Beispiel mit der unvoreingenommenen Nutzung von Autos aufzunehmen, erst einmal die Städte zubetoniert sind und der öffentliche Nahverkehr kaputtgeschrumpft und totverteuert ist, ist es zu spät.

Unterhalten Sie sich gelegentlich mit Anderen, Nichtinformatikern, über die Einführung von irgendeiner Art Informationstechnik in Betrieben? Waren Sie noch nie empört über die offensichtliche, prinzipielle Uninformiertheit aller oder vieler Beteiligter an solchen Spektakeln? Haben Sie noch nie überlegt, was passieren könnte, wenn Belegschaften aus einem grundsätzlichen Verständnis der Informationstechnik dafür argumentieren, diese nicht primär als Instrument zur Rationalisierung zu verstehen, sondern als Möglichkeit zur Verbesserung der Arbeitsqualität und Arbeitszufriedenheit?

Natürlich haben Sie recht: es geht nicht darum, ein "Heer von 'Hackern'" zu produzieren. Aber die Alternative ist nicht ein Heer von Hackern oder ein Heer von Informatik-Analphabeten! Fast alle lernen Grundlagen von Chemie und Biologie in der Schule, und dennoch sind wir nicht ein Volk von Giftmischern. Natürlich ist die Frage, welche *Inhalte* eine Grundlagenausbildung in Informatik haben soll. Natürlich weiß auch ich nicht, wie die aussehen soll.

Und natürlich können nicht wir Informatiker allein durch scharfes Nachdenken herausbekommen, wessen unserer Wissenschaft die Allgemeinheit teilhaftig werden soll, und

es dann per Dekret in den Lehrplänen der allgemeinbildenden Schulen verankern. Sie haben ja recht, daß für Informatik anderer Stoff aus den Lehrplänen verschwinden müßte, und ich wüßte auch nicht, ob nicht Lerneinheiten über das Wirken der virtus in Aufstieg und Fall des römischen Reiches, das Haber-Bosch-Verfahren oder "Kabale und Liebe" wichtiger sind (und das ist tatsächlich nicht ironisch gemeint). Aber das müssen Sie, lieber Herr Kreowski, und ich auch gar nicht entscheiden! Was wäre denn, wenn wir davon ausgehen, daß die Inhalte von Lehrplänen in einem freien (naja: *ziemlich* freien) Spiel der Kräfte zwischen Fach-Lobbies zustandekommen? Und wenn wir beruhigt der Gewißheit sind, daß nicht gleich neue Bildungskrisen ausbrechen, wenn ungeschickterweise zwischenzeitlich das Haber-Bosch-Verfahren aus dem Lehrplan verschwindet? Denn es ist doch auch "so einfach, daß sich durchschnittlich Begabte, halbwegs gut Ausgebildete" es in vertretbarer Zeit aneignen können.

Ich sehe ein und gebe zu, daß der Standpunkt in einigen Aspekten stark idealisiert ist, für den ich argumentiert habe. Insbesondere mag man bezweifeln, ob das automatisch besser ist, worüber mehr Menschen diskutiert oder entschieden haben. Aber das ist meine Meinung: wenn wir die Fehler und die Arroganz vermeiden wollen, die sich durch Expertokratie in viele Bereiche eingeschlichen haben, müssen wir den allgemeinen Stand des Wissens über Informatik und Informationstechnik anheben, und das möglichst bald, und das auch über die Schulen. Natürlich braucht man dazu ein inhaltliches Konzept, *aber es drängt, dieses Konzept zu finden!*

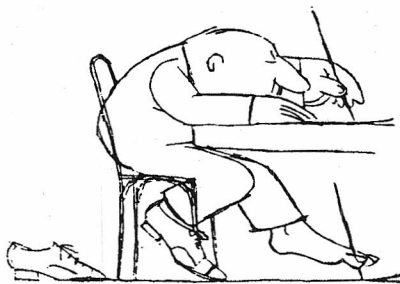
Mit freundlichen Grüßen

Joachim Hertzberg

ITG für die Emanzipation vom Primat der Technik

Die pauschalisierende Überschrift sowie einige Einschätzungen im Thesenpapier von H.-J. Kreowski möchte ich, gerade da ich glaube, daß wir in unseren Positionen gar nicht soweit auseinander liegen, nicht unwidersprochen lassen.

Richtig ist: eine Informations-Technische Grundbildung (ITG), die überhastet, konzeptionslos und unbedacht erfolgt, ist Unfug! Eine ITG, die nur die Handhabung des Computers oder an abstrakten (z.B. mathematischen) Problemen orientierte Programmierung vermittelt, ist Unfug! Doch dieses ist nicht die ITG nach dem Konzept der Bundesländer-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK-Konzept), das immerhin in großer Einmütigkeit verabschiedet wurde, auch wenn die Umsetzung in den verschiedenen Bundesländern durchaus recht unterschiedlich aussieht. Die Einführung eines speziellen Schulfaches "ITG" in das Fächerangebot der Sekundarstufe I (Klassen 8-10) wird dort ausdrücklich ausgeschlossen. Es wird stattdessen die Integration in die vorhandenen



(Jules Stauber)

Fächer gefordert. Handhabung und algorithmisches Problemlösen sind nur 2 von 9 Punkten. Andere Punkte sind z.B.

- Schaffung des Bewußtseins für die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen, die mit der Verbreitung der Mikroelektronik verbunden sind
- Darstellung der Chancen und Risiken der Informationstechniken sowie Aufbau eines rationalen Verhältnisses zu diesen
- Einführung in Probleme des Persönlichkeits- und Datenschutzes.

Ich denke, die ITG ist wichtig auch für einen souveränen Umgang mit der Informationstechnik und damit auch für eine Emanzipation vom Primat der Technik in unserer Gesellschaft. ITG ist wichtig sowohl um einer unreflektierten Computereuphorie und Technikfaszination als auch um einem unreflektierten Computerhaß entgegenzuwirken. ITG ist wichtig, damit SchülerInnen aus den Erfahrungen im Umgang mit den Informationstechnologien einen Eindruck von den gesellschaftlichen Auswirkungen dieser Techniken erhalten. Gerade den Gesellschaftswissenschaften wird in den Schulen ein viel zu geringer Raum eingeräumt. Im Rahmen der ITG erhalten sie eine besondere Bedeutung. Um das immer wieder angeführte Beispiel des Führerscheins aufzugreifen: ein Führerschein in der Schule ist sicherlich Quatsch, aber eine Behandlung der ökologischen und volkswirtschaftlichen Folgen des Automobilverkehrs im Unterricht wäre meiner Meinung nach zu begrüßen und eine Verkehrserziehung findet ja wohl unumstritten notwendigerweise statt.

Die Verkäuferin, die nicht mehr rechnen kann, ist kein Argument für das Versagen der Schule. Fähigkeiten, die nicht angewendet und weiterentwickelt werden, gehen unweigerlich verloren, auch wenn sie in der Schule bis zum Erbrechen gepaukt wurden. In unserer technisierten Gesellschaft machen wir uns durch den täglichen Gebrauch in vielfältiger Weise abhängig von der Technik und verlieren Fähigkeiten, die für frühere Generationen noch selbstverständlich waren (z.B. Landwirtschaft). Eine Schule, die nur die grundlegenden Kulturtechniken (Grundrechenarten, Rechtschreibung, Grammatik, Fähigkeit zu verbaler Kommunikation) vermittelt und sich nicht um die aktuellen Probleme unserer Gesellschaft kümmert, wäre zutiefst konservativ und würde die kommenden Generationen zu Objekten statt zu Akteuren zukünftiger Entwicklungen machen.

Es ist unbestritten, daß es im obigen Sinne eine Menge unsinniger und schädlicher Ansätze für die ITG gab und vielleicht auch noch gibt. Doch ich meine, daß solche Ansätze nicht vereinbar sind mit dem BLK-

Konzept, und ich hoffe, daß sie aus den Schulen verschwinden. Ich denke, das durch das BLK-Konzept die inhaltliche Klärung der Frage, was ITG in der Schule vernünftigerweise sein kann, ein gutes Stück vorangebracht worden ist und das es nun darum geht, konkrete Unterrichtskonzepte und -inhalte zu entwickeln und im Rahmen von Modellversuchen an den Schulen zu erproben. Dieser Aufgabe widme ich mich u.a. im Rahmen des Modellversuchs "Entwicklung von fächerverbindenden Unterrichtseinheiten für eine informations- und kommunikationstechnische Grundbildung" - deshalb mein engagiertes Eintreten für die ITG.

Ich hoffe, daß wir die Diskussion mit allen interessierten FIFFern in der AG 'Informatik in der Schule - Einbeziehung der gesellschaftlichen Auswirkungen' auf der FIFF-Jahrestagung in Hamburg fortsetzen können und innerhalb des FIFF zu einer einheitlichen Position kommen, die H.-J. Kreowski's Kritik an der ITG, wie sie vielerorts noch betrieben wird, durchaus enthalten sollte.

Michael Lange
Hessisches Institut für
Bildungsplanung und
Schulentwicklung
Wiesbaden

FIFFlerInnen im Wettbewerb?

(Zum **SCHLUSSPFIFF** in FIFF
KOMMUNIKATION 2/88)

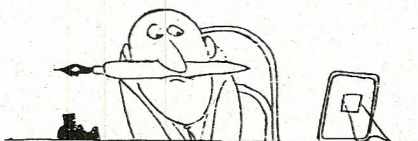
Spiel statt Wettbewerb - die Redaktion der **FIFF KOMMUNIKATION** hat zum Wettbewerb für die Entwicklung eines *bundesdeutschen* ISDN-Aufklebers aufgerufen.

Ärgerlich aus meiner Sicht ist dabei ein fehlendes Wettbewerbs-Bewußtsein. Ich meine, die Redaktion sollte nicht nur in vertrauter Wettbewerbs-Weise funktionieren. Konsequentes Ergebnis des Wettbewerbsdenkens soll dann auch *ein* bundesdeutscher Aufkleber sein. Welch geplante Vergewandlung von Entwicklungsenergien wird da sichtbar. Dabei wäre es auch möglich

gewesen, die Leser von **FIFF KOMMUNIKATION** zu einem Entwicklungsspiel für eine Vielfalt von ISDN-Aufklebern aufzurufen.

Richtig allergisch reagiere ich inzwischen, wenn ich die Wörter "Wettbewerb" und "Wettbewerbsfähigkeit" lese oder höre. Unser Erziehungssystem ist auf Konkurrenz und Wettbewerb ausgerichtet. Bei der Vergabe von Forschungsgeldern ist "internationale Wettbewerbsfähigkeit" das meistgenannte, aber leider auch das inhaltloseste Förderkriterium.

Supraleiter und Gentechnologien sind Beispiele für Ergebnisse nationaler und internationaler Technologiewettrennen im Auftrag des militärisch industriellen Komplexes. Die Daimler-Benz-Manager versuchen die Botschaft "rüberzukriegen", daß der internationale Wettbewerb keinen anderen Weg als die MBB-Übernahme zuläßt. Airbus-Gewinne sollen dabei privatisiert werden, aber die finanziellen Risiken sollen beim Staat verbleiben. Die Tante-Emma-Läden sterben langsam aber stetig aus, die Umsatzmilliarden wachsen. "Die Kleinen gehen und die Großen kommen."



(Jules Stauber)

Erbitterter und gnadenloser Wettbewerb zielt immer auf Vermehrung von Wissen, Macht, Herrschaft und Sicherheit. Der Grundsatz vom wirtschaftlichen Überleben des Stärkeren und das allgemeine Konkurrenzethos schaffen die Neigung, alle Theorien am Wettbewerbsprinzip auszurichten, ganz gleich ob es um Pflanzen, Tiere oder Menschen geht (Green, Science, Ideology, and World View, 1981, S.7). "Nach Smith wird der Wettbewerb zwischen den Individuen von einer 'unsichtbaren' Hand gelenkt, einem Naturgesetz, ... Wie bereitwillig räumte Smith ein, daß die unsichtbare Hand nicht gegen individuelle Konkurse schützen könne oder solle. Das sei der Preis, den man für ein System zahlen müsse, in dem der Verlust des Einen stets der

Gewinn des Anderen sei." (Rifkin, Genesis 2, 1986. S. 89).

"Soziale Beziehungen zustandebringen, in denen Gegenseitigkeit herrscht und Befriedigung nicht den Triumph des Einen über die unterdrückten Bedürfnisse des Anderen bedeutet" (Habermas), das klingt schon FIFFiger.

Für die Entwicklung von ISDN-Aufklebern brauchen wir keinen Wettbewerb und Konkurrenz von Ideen, keine Vergleiche und keine Unter- oder Überordnung von nicht vergleichbaren Aufklebern, die aus unterschiedlichen Motiven, Interessen und Perspektiven entworfen werden. Wir brauchen auch keinen bundesdeutschen Einheitsaufkleber, sondern viele, schöne, bunte unterschiedliche ISDN-Aufkleber. Ich jedenfalls bin für Vielfalt statt Einfall, für Halbordnung (da gibt es auch nicht-vergleichbare Elemente) statt Totalordnung und für Koexistenz statt Konkurrenz.

Manfred Domke
Ölbergstr. 94a
5330 Königswinter 41

Reaktion auf die Reaktion

(Im **FORUM** der **FIFF KOMMUNIKATION** 2/88 erläuterte der Vorsitzende des **CPSR** Gary Chapman, weshalb seiner Meinung nach der **CPSR** keine anti-militaristische Organisation ist)

Dear Mr. Chapman,

I find it important that - beyond the formal apologies and corrections from FIFF officials - you be informed about the fact that FIFF is not an organization with a single, standard opinion, but a forum for discussion of those concerned with the social implications of computer science, and that actually a variety of opinions exist.

Personally, I fully appreciate your comments on CPSR's position with respect to anti-militarism. I even do not believe that it is rational to abolish weapons just because we don't like them. To me, it seems necessary to retain them temporarily for maintaining political stability. From this point of view it would be implausible

to reject whatever technology that could help to make military force as cost-efficient as possible. On the other hand, I do consider this necessity as an evil, something that has to be fought and ultimately be eliminated by all means - all political means.

Thus, I would in fact not deny collaboration with military projects under two very important preconditions:

- I would have to be sure that the nation for which I work and its allies uses military forces for defense only and that there is no tendency for aggression.
- The government under which I work takes every conceivable care and uses all diplomatic influence for detention and reduction of destruction potential.

Presently, I do not see these preconditions fulfilled, from which follows my denial of cooperation in military projects. In this sense, I clearly sympathize with CPSR's policy. When FIFF was founded, I was one of the few, who opposed that the name should explicitly mention "Peace", because I understood it to be automatically included in the wider context of social responsibility. The argument was not accepted. Even more, "social responsibility" was suppressed in the acronym - a lasting quibble I have with FIFF.

Maybe my views are not widely shared within FIFF. I hope for some discussion.

Kind regards

Rainer Durchholz
Habichtweg 29
5205 St. Augustin 1

Kommunikation ohne Grundsatzartikel?

(Laut "Von der Vorstandssitzung" in der FIFF KOMMUNIKATION 88/2 meint der FIFF-Vorstand, daß längere oder Grundsatzartikel nicht in der FIFF KOMMUNIKATION veröffentlicht werden sollten. Die Redaktion hat dazu mehrere Leserbriefe erhalten und sieht den folgenden als repräsentativ an.)

Leider muß ich als erstes eine Kritik loswerden: wenn Ihr Mitarbeit wollt, könnt Ihr nicht den Redaktionsschluß 2, 3 Wochen nach Erscheinen des Heftes 2/88 ansetzen.

Als zweites scheint mir wirklich diskutierenswert, inwieweit Aufsätze in der FIFF KOMMUNIKATION erscheinen sollen oder nicht. Es ist sicher besser, Grundsatzartikel in anderen Zeitungen zu veröffentlichen; aber wichtig finde ich, daß die FIFF KOMMUNIKATION auch inhaltlich was zu bieten hat, daß einige Dinge ausgeführt werden, sei es durch längere Diskussionsbeiträge, sei es durch Artikel, die nicht so ganz geeignet sind, um sie anderswo zu drucken.

Wenn aber in der Regel Artikel in anderen Zeitschriften veröffentlicht werden, ist Grundvoraussetzung für eine Diskussion eine Rubrik "Zeitschriftenschau", in der Abstracts der Artikel enthalten sind, die in letzter Zeit zum Themenkreis Informatik und Gesellschaft irgendwo erschienen sind. Ich lese zwar viele Zeitschriften, aber vieles geht mir doch durch die Lappen (manches Mal sogar beim Überblättern: z.B. der Artikel von Herrn Luft, Erlangen, zu erkenntnistheoretischen Defiziten der KI im Computermagazin, oder Artikel von Herrn Capurro im Informatik Spektrum. Viele FIFFler haben noch nicht mal das Informatik Spektrum). Man müßte also eine solche Rubrik über die Mitgliedschaft organisieren (und das fängt damit an, daß die Autoren, die FIFF-Mitglieder sind, ihre Abstracts an die Redaktion der FIFF KOMMUNIKATION schicken!



(Jules Stauber)

Artikel und Buchbeiträge von Floyd, Nake, etc. finde ich oft nur durch Zufall).

Ich glaube, eine solche Rubrik "Zeitschriftenschau" wäre eine große Hilfe für alle Mitglieder. Ich leiste gern meinen Beitrag dazu.

Klaus Schultz
Obere Beutau 71
7300 Esslingen

(Siehe dazu die geänderte Regelung für den Redaktionsschluß im IMPRESSUM. Über den Vorschlag "Zeitschriftenschau" werden wir in der Redaktion diskutieren.)

AKTUELL

Priesterherrschaft und Demokratie

Ein Kommentar zum Interview mit Prof. Teller

In dem Interview "Warum sind Sie lieber ein Falke als eine Taube, Herr Professor Teller?" von Martin-Jochen Schulz im FAZ Magazin, 27. Woche, 8. Juli, Heft 436, S.36-37 antwortet Teller auf die Frage "Können Sie eigentlich mit der Verantwortung für Waffen und damit für viele Tote und Verstümmelte ruhig leben?"

"Der Wissenschaftler ist verantwortlich für das Wissen und für die Erklärung, aber nicht dafür, wie man es anwendet. Das muß von allen entschieden werden. Ich bin dagegen, diese Entscheidungen den Wissenschaftlern zu übertragen, wir wären sonst wieder bei der Priesterherrschaft und damit im vollen Widerspruch zur Demokratie."

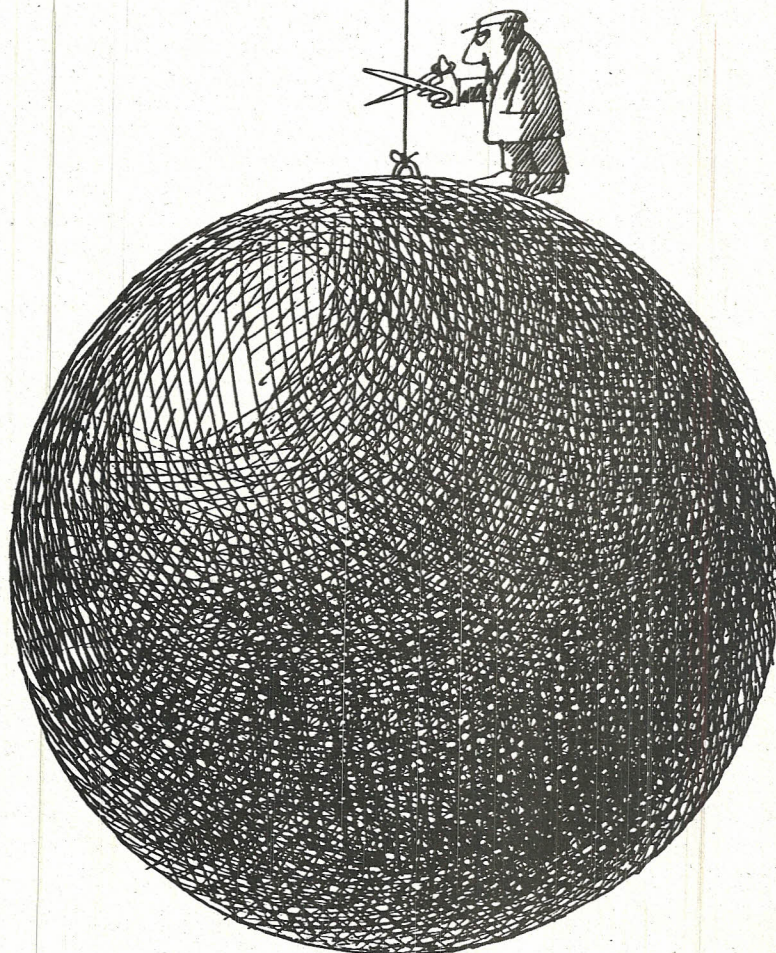
Die Trennung von Wissenserarbeitung einerseits und Anwendung von Wissen als politische Entscheidung andererseits ist künstlich und entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Wissenschaft und Politik sind heute untrennbar miteinander verbunden. Niemand weiß das besser als Professor Teller. Schon 1963 hat Teller z.B. bei einer Anhörung im amerikanischen Senat für eine strategische Verteidigungsinitiative argumentiert. Als Berater Präsident Reagans hat der Wissenschaftler Teller SDI politisch befürwortet.

Wissenschaftler greifen in politische Entscheidungsprozesse ein. Sie tragen daher nicht nur Verantwortung für das Wissen und das technisch einwandfreie Funktionieren ihrer Produkte, sondern auch für die politischen Entscheidungen über deren Anwendungen. Wer denn sonst soll die Verantwortung für die Folgen der technisch-wissenschaftlichen und politischen Entscheidungen tragen, wenn nicht diejenigen, die diese Entscheidungen vorbereitet und mitgetroffen haben?

Auch in der Bundesrepublik bestimmt eine kleine Gruppe einflußreicher Herren die Forschungs- und Technologie-Politik. Zur Vorbereitung des Zukunftskonzepts Informationstechnik 2000 traf sich z.B. ein Gesprächskreis von acht Herren, darunter sieben aus Industrie und Wirtschaft und einer aus der Wissenschaft, zur Erarbeitung von "Leitlinien für ein Zukunftskonzept Informationstechnik". Diese Gesprächskreise und Arbeitsgruppen im Bereich Forschung und Technologie repräsentieren eine Priesterherrschaft, die im vollen Widerspruch zur Demokratie steht. In diesem Punkt können wir Teller nur zustimmen.

Teller ist ebenfalls beizupflichten, wenn er sagt, daß über die Anwendung von Technologien alle entscheiden müssen. Demokratie bezüglich der Anwendung von Technologien reicht allerdings nicht aus. An den Entscheidungen über gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Forschungs- und Entwicklungs-Ziele müssen Betroffene aus allen gesellschaftlichen Bereichen teilnehmen können. Diese Entscheidungen dürfen nicht mehr nur von einzelnen Wissenschaftlern, Industrievertretern und Politikern stellvertretend für die gesamte Gesellschaft unter Ausschluß der Öffentlichkeit getroffen werden.

(Manfred Domke)



(Jules Stauber)

8 goldene Regeln

zur Arbeit mit vernetzten Computersystemen

Diese goldenen Regeln entstanden in einer **Zukunftswerkstatt**, die vom 1. bis 3. Juli 1988 zusammen mit Robert Jungk stattfand. Zukunftswerkstatt - das ist eine Methode, ein bestimmtes Thema, hier das Thema

Menschengemäße Informations- und Kommunikationstechnik

in drei Phasen zu bearbeiten:

1. Phase: **Kritik**
2. Phase: **Phantasie**
3. Phase: **Aktion**

Die folgenden goldenen Regeln waren Ergebnis der beiden Phasen **Kritik** und **Phantasie**. Die Phase **Aktion** legen wir nun in Eure Hände, denn diese Regeln erscheinen uns schon so handfest, daß wir Euch alle auffordern wollen, Euch zu überlegen, was jedeR von Euch in ihrer/seiner Arbeitsumgebung davon realisieren könnte.

Nun also:

1

Bevor die Beschäftigten der Einführung Neuer Technik am Arbeitsplatz zustimmen, prüfen sie die eigenen Informations- und Kommunikationsbedürfnisse und finden heraus, was notwendig ist.

2

Technische Kommunikation wird nur dann verändert, wenn auch gleichzeitig die nichttechnische Kommunikation verbessert wird, sodaß beide im Gleichgewicht bleiben.

3

Alle von der Einführung Neuer Technik Betroffenen werden über die Möglichkeiten informiert und so

qualifiziert, daß sie sie auch nutzen können.

4

Beschäftigte beauftragen selbst InformatikerInnen mit der Erstellung von Software, die an ihrem Arbeitsplatz eingesetzt werden soll, und begleiten die Programmierung nach ihren Wünschen.

5

Jedes Computernetz ist begrenzt und wird nur von überschaubaren Arbeitsgruppen genutzt. Sein Einsatzgebiet richtet sich nach Mitbestimmungsrechten und Betriebsvereinbarungen. Telefonnetz und ISDN-Netz bleiben getrennt.

6

Technische Kommunikationshilfen sind unaufdringlich. Sie piepsen nicht und der Bildschirm ist flimmerfrei. Sie müssen von den Beschäftigten angefordert werden und melden sich nur auf Knopfdruck.

7

Am Arbeitsplatz wird nur Sachliches, auf den Arbeitsvorgang Bezogenes gespeichert und protokolliert. Bei Abschluß eines Vorgangs zeigt der Bildschirm dem Benutzer eine Zusammenstellung aller Daten, die endgültig gespeichert werden. Damit ist jegliche heimliche Arbeitskontrolle ausgeschlossen.

8

Die Beschäftigten ziehen ExpertInnen und WissenschaftlerInnen ihrer Wahl hinzu, wenn Probleme mit der Arbeit an Computerterminals auftreten.

(Dietz Schroer)

Wildwest in Frankreich

Es ist der 14. März 1988 gegen 10 Uhr. Pünktlich läuft der IC aus Hamburg in Paris ein. Steffen Wernery hat das Konzept des Referates, an dessen letzten Formulierungen er eben noch gefeilt hat, verstaubt und steht ausstiegsbereit hinter der Waggontüre. Dank seiner minutiösen Zeiteinteilung bewältigt er ein umfangreiches Arbeitspensum. Da ist kein Raum für Leerlauf. Jetzt sind seine Gedanken schon bei dem erlesenen Kreis internationaler Fachleute, dem er auf Einladung des Securicom seine Kenntnisse auf dem Gebiet der Datensicherung zur Verfügung stellen will. Seinen Ruf verdankt er nicht zuletzt der hilfreichen Vermittlertätigkeit zwischen Behörden und nicht genannten Hackern in dem spektakulären NASA-Hack. Als 1. Vorsitzender des CCC (Chaos Computer Club) Hamburg ist er hervorragend qualifiziert, die Schwachstellen auch der französischen Systeme aufzuzeigen. Verschiedentlich haben seine Dienste größeren Schaden abgewendet.

Lautsprecheransagen, Begrüßungsszenen auf dem Bahnsteig... Steffen nimmt sie nicht wahr. Er strebt in Richtung Ausgang. Zu seiner Überraschung wird er angehalten. Schicken die Gastgeber ein Empfangskomitee? Es ist die französische Kriminalpolizei. Man erklärt ihn für verhaftet. Sprachlos vor Verblüffung läßt Steffen Wernery sich abführen. Es kann sich nur um eine Verwechslung handeln. Unmöglich darf er sein Auditorium warten lassen. Während er der demütigenden Prozedur der Gefängniseinweisung unterzogen wird, versucht er vergeblich, einen Grund für die seltsamen Vorgänge zu erfahren. Die einfachsten Grundrechte werden ihm vorenthalten. Weder einen Rechtsbeistand noch seine Freunde darf er benachrichtigen. 48 Stunden lang muß er als verschollen gelten.

Er gewinnt den Eindruck, daß ihm der Phillips-Konzern eine üble Falle gestellt hat. Securicom ist eine Phillips-Tochter. Phillips ist für so manche Schwachstelle internationaler Datenbanken verantwortlich. Nun hätten sie gerne einen Delinquenten für peinliche Fehler. Sieht

so aus, als sollten ihm mittels rechtswidriger Methoden Aussagen abgepresst werden. Hatte sich die deutsche Polizei geweigert, aufgrund unsicherer Verdachtsmomente eine Verhaftung zu riskieren, und mußte er deshalb nach Frankreich gelotst werden? Ein böses Spiel, verschlimmert durch die Zustände in französischen Gefängnissen. Korruption ist an der Tagesordnung, für den prominenten Gefangenen und Ausländer steigen die Preise ins Uferlose.

Endlich wird der Rechtsbruch bekannt. Nach 48 Stunden gelingt es der Anwältin, wenigstens seinen Aufenthaltsort ausfindig zu machen. Jedoch von einer Anklageschrift keine Spur! Es hagelt Proteste. Der CCC protestiert aufs Schärfste gegen das Vorgehen der französischen Ermittlungsbehörden. Das deutsche Konsulat in Paris und die französische Botschaft in Bonn werden eingeschaltet. Die Abgeordnete der Grünen im Bundestag, Frau Regula Bott, schickt folgendes Telegramm an das französische Innenministerium: "Ich protestiere gegen die Verhaftung Steffen Wernerys. Wernery befand sich auf Einladung des Phillips-Konzerns in Frankreich und wurde aufgrund einer Strafanzeige eben dieses Konzerns verhaftet. Die mysteriösen Umstände von Wernerys Verhaftung und die Tatsache, daß sich die französischen Staatsschutzbehörden bis zum jetzigen Zeitpunkt weigern, den derzeitigen Aufenthaltsort des Verhafteten bekannt zu geben, sprechen jeder Rechtsstaatlichkeit Hohn."

In einem Brief schreibt Steffen Wernerys aus dem Gefängnis:

"Die französischen Zeitungen betrachten den CCC als einen Club bössartiger Computerpiraten und mich als ein Genie, welches alle Computer der Welt auf einmal sabotiert. Ausgelöst wurde dies auch durch eine Meldung von APF (Associated Press France), die unter anderem verbreitet hatte, ich hätte alles gestanden. Ich frage mich, wer warum solche Lügen verbreitet. Die Vorsicht ist daher begründet, aber ich weiß, daß ihr Euer bestes geben werdet, die Arbeit des Clubs zu vermitteln und die Lügen anzuprangern. Berichtet bitte über den Verlauf der Dreharbeiten und unterrichtet mich, welcher Sender den Beitrag wann ausstrahlen wird.

Ich schreibe dann, was die daraus gemacht haben."

(...)

"Daß Phillips sich um eine Stellungnahme drückt, verwundert mich nicht. Ich werde nach meiner Entlassung versuchen, den vereinbarten Termin doch noch wahrzunehmen, obwohl ich ja inzwischen von den Ermittlungsbehörden einiges gehört habe. Mich wundert es immer wieder, was mir für Dialogprotokolle vorgelegt werden. Das letzte mal überreichte mir das japanische Fernsehen ein Protokoll aus Tsukuba. Es wird Zeit, daß ich mit DEC über eine CCC-Vax verhandle, damit die deutsche Szene endlich ungestört chatten kann."

Nach 67 Tagen ist das peinliche Zwischenspiel vorbei. Die Ermittlungen in Paris und Hamburg werden eingestellt. Ein Prozeß findet nicht statt. Auf das von Steffen Wernery versprochene Buch dürfen wir gespannt sein.

(Aus Nachrichten zusammengestellt, Hildburg Brass)

SDI-Helfer gesucht

Manfred Domke hat umfangreiches Material über SDI gesammelt. Er benötigt dringend HelferInnen, die sich an der Auswertung beteiligen? Bitte melden bei

Manfred Domke
Ölbergstr. 94a
5330 Königswinter 41

Bericht von der Vorstandsklausur am 2. Juli 1988 in Niederwalluf/Rhein

Um endlich einmal in weniger Hetze als bei einer "normalen" Vorstandssitzung die anstehenden Themen (oder wenigstens einige davon) behandeln zu können, plante der Vorstand seit Anfang des Jahres eine mindestens eintägige Klausur. Mit einiger Mühe war es gelungen, den gemeinsamen Termin 2. Juli 1988 zu finden.

Am Vorabend reisten wir an; bis alle eingetroffen waren und etwas gegessen hatten, war es gerade Zeit, mit Wolfgang Hesses Freunden, in deren Wohnung wir anderntags tagen durften, einen Schluck des guten Weines aus der Gegend zu probieren.

Am Samstag morgen begann die Arbeit mit einer Runde Brainstorming, deren Ergebnisse sich in drei großen Themengruppen niederschlugen:

Grundsätzliches

- Prioritäten
- Orientierungsrahmen für unsere Arbeit
- Selbstverständnis des FIFF
- Politische Reichweite
- Aktuelle Politik

Inhaltliches

- Technikfolgen-Abschätzung
- Frauen
- Friedliche Informatik
- Internationaler Währungsfonds

Organisatorisches

- Presse-Erklärung für FIFF-Jahrestagung in Hamburg
- Beteiligung an Informationsstelle Wissenschaft und Frieden
- ISDN-Resolution
- Vorstandsarbeit

Diese Themenbereiche wurden in der angeführten Reihenfolge diskutiert, immerhin um einiges intensiver und ausführlicher, als es sonst möglich ist. Im folgenden wird die Diskussion zusammengefaßt:

Grundsätzliches

Das Selbstverständnis des FIFF als Friedensgruppe ist konstitutiv und soll beibehalten werden. Dem entsprechend wird FIFF vor allem zu Themen der Friedenspolitik und -Problematik Stellung nehmen und zu solchen der gesellschaftlichen Verantwortung. Es solle jeweils ein Bezug zur Informatik bestehen; dann können wir unsere Fachkompetenz einbringen.

Unter den schon früher angesprochenen erweiterten Friedensbegriff des FIFF kann auch die Qualität der Arbeit subsummiert werden; wichtiger Orientierungsrahmen unserer Arbeit sind die Qualität der Arbeit und der Arbeitsplätze, die Qualität der Produkte und des Produktionsprozesses. Diesen Orientierungsrahmen kann man in der Forderung nach "Sozialförderlichkeit" zusammenfassen.

Da wir uns darüber klar sind, daß wir nicht alle Probleme lösen können, scheint es uns sinnvoller, Gestaltungs-Spielräume bewußt zu machen und zu nutzen. Das heißt insbesondere, Beteiligung an Aufgabenstellungen zu fordern und wahrzunehmen, den Sinn von Projekten und Produkten anzuschauen. Als Beispiel kann das Projekt "Prometheus" eines gigantischen vollautomatisierten Verkehrsleitsystems dienen, bei dem es nur darum geht, den heutigen Verkehr zu optimieren, nicht aber die Frage gestellt wird, ob nicht andere Grundkonzepte sinnvoller, verträglicher und sozialförderlicher wären.

Unsere Einflußnahme auf die aktuelle Politik kann nur in einem dynamischen Prozeß erfolgen. Aus einer Kritik am Bestehenden können - ausgehend von Utopien - Ansatzpunkte für konstruktive Anforderungen gewonnen werden.

Die Selbstverständnis-Diskussion des FIFF kann und darf nicht vom Vorstand allein geführt werden. Die FIFF KOMMUNIKATION ist das geeignete Forum für diese Diskussion. Wir hoffen, daß sich möglichst viele FIFFlerInnen daran beteiligen.

Auch die Erarbeitung von Stellungnahmen des FIFF kann (und sollte) durch Diskussion in unserem Diskussionsforum FIFF KOMMUNIKATION erfolgen.

Inhaltliches

Technologiefolgen-Abschätzung scheint uns ein wichtiges Thema, in das wir uns einmischen sollen, weil weder Industrie noch Parlament mehr an diesem Thema vorbeikommen und weil es die Möglichkeit bietet, zu positiv formulierten Anforderungen überzugehen. Zunächst ist der Begriff selbst zu problematisieren und in seiner Entstehungsgeschichte zu betrachten.

Der Mitgliedervollversammlung sollen Entwürfe für Resolutionen vorgelegt werden, in denen einerseits zu ISDN Stellung genommen wird und zum anderen für die Forschungsmittel für Technikfolgen-Abschätzung gefordert werden, etwa 10% des jeweiligen Projektvolumens bei Förderprojekten. (Siehe dazu die Artikel "Mit ISDN in die Post-industrielle Zukunft" und "Zur Diskussion und Forschung über Technologiefolgen" in dieser FIFF KOMMUNIKATION)

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der verbreiteten Zielvorstellung einer Informationsgesellschaft kann unter dem Motto "Rückgewinnung des Denkens" stehen.

Die Funktion des Internationalen Währungsfonds (IWF) insbesondere in seinen Auswirkungen auf die Dritte Welt soll erklärt werden, Informatik-spezifisch etwa anhand der (möglichen) Folgen von Computerfehlern wie beim letzten Börsenkrach. (Anmerkung der Redaktion: zu diesem Thema sind leider immer noch keine Beiträge aus der Leserschaft bei der Redaktion eingetroffen.)

Organisatorisches

Von den vielen in diesem Zusammenhang diskutierten Punkten sei nur die Idee erwähnt, als Gegenstück zur Jahrestagung jeweils im Frühjahr einen themenbezogenen Workshop abzuhalten. Um den Wirkungsbereich von FIFF auszudehnen, bietet sich ein Workshop zum Thema "Vernetzung" in Zürich oder Wien an.

(Hellmut Weber)

Erstes IWIF-Symposium

Die im Frühjahr gegründete Informationsstelle Wissenschaft & Frieden (IWIF) (vgl. FIFF KOMMUNIKATION 2/88) veranstaltet ihr erstes, eintägiges Symposium am Samstag, den 5. November in der Stadthalle Bad Godesberg. Titel der Veranstaltung ist:

Weltpolitik im Umbruch? - Friedensforschung und Friedensbewegung im Gespräch

Im Laufe des Vormittags der um 10 Uhr beginnenden Veranstaltung soll die internationale Situation von Vertretern aus der Schweiz, Großbritannien, den USA sowie der Sowjetunion geschildert werden. Für den Nachmittag ist eine Podiumsdiskussion mit so unterschiedlichen Teilnehmern wie Ulrich Albrecht, Werner Buckel, Mechthild Jansen, Ekkehardt Krippendorf sowie natürlich allen Anwesenden geplant.

Nähere Auskünfte und Anmeldungen bei der - inzwischen hoffentlich allen bekannten - Bonner Adresse:

Informationsstelle Wissenschaft & Frieden e.V. (IWIF)
 Reuterstr. 44
 5300 Bonn 1
 Tel. (0228) 210744

THESEN

Noch ist es nicht zu spät

Thesen zum Kampf gegen ISDN

1. Es reicht nicht aus, die gegenwärtigen Strukturen zu erhalten.

Die Forderung der Postgewerkschaft und auch der SPD nach Erhaltung der gegenwärtigen Strukturen ist eine notwendige, aber keineswegs hinreichende Bedingung, um ISDN zu begrenzen oder gar zu verhindern.

2. Wir brauchen Telekommunikationsgesetze.

Die Frage ISDN muß inhaltlich noch geklärt werden, und zwar vom Parlament. Wir brauchen

- eine gesetzliche Grundlage für die Verfahren bei der Telekommunikation,
- ein Telekommunikationsplanungs-gesetz,
- Regeln mit Pflichten, Zulassungskriterien und Kontrollinstanzen für die Betreiber solcher Dienste und
- ein Telekommunikations-Verkehrsgesetz.

3. Das Arbeits- und Mitbestimmungsrecht und der Verbraucherschutz entsprechen nicht mehr der technischen Entwicklung.

Wir brauchen eine Kopplung der technischen Entwicklung mit den rechtlichen Anwendungsbereichen, das betrifft z.B.

- bei der Telearbeit das Arbeitsrecht,
- bei der überbetrieblichen Vernetzung die Mitbestimmung und

- beim Tele-Banking den Verbraucherschutz.

4. Es ist über Dateneinsparung zu reden.

Wir brauchen die Diskussion darüber, ob das Speichern und Übertragen so vieler Daten überhaupt nötig ist. Wir müssen über Dateneinsparung reden, nicht nur darüber, wie wir bei immer steigenden Datenmengen die technischen Übertragungsmöglichkeiten schaffen können.

Ein Vorschlag wäre etwa eine Datenabgabe, die von dem Volumen der gespeicherten Daten abhängt und von dem Verursacher zu bezahlen ist. Daraus können dann die Kontrollinstanzen im Datenschutz finanziert werden.

5. Widerstand gegen Einzelmaßnahmen lohnt sich.

Die unmittelbaren Durchsetzungsmöglichkeiten für diese Forderungen sind eher pessimistisch einzuschätzen, so wie in anderen Bereichen ja auch immer erst dann regulierend eingegriffen wird, wenn das Kind schon halb in den Brunnen gefallen ist.

Gegen gewisse Einzelmaßnahmen, wie die Weitergabe von Rufnummern, gibt es aber die konkrete Möglichkeit, vor den Gerichten zu klagen. Auch bei der Kernenergie waren juristische Prozesse ein aufschiebendes Element. Vielleicht tritt ja eine breite Bewegung erst dann auf, wenn ein Teil der von uns geschilderten Gefahren eingetreten ist.

(Angeregt durch ein Interview der TAZ mit Herbert Kubicek vom 14. Juni 1988, formuliert durch die Redaktion).

SCHON GELESEN?

Mind over Machine

In den USA 1986 erschienen, liegt die Übersetzung eines grundlegenden Buches zur Kritik der "Künstlichen Intelligenz" erfreulicherweise schnell vor.

Hubert Dreyfus/Stuart Dreyfus: Mind over Machine. The Power of Human Intuition and Expertise in the Era of the Computer. zu deutsch: "Künstliche Intelligenz", rororo 8144, Hamburg, 1988.

Hubert Dreyfus, Professor für Philosophie, und sein Bruder Stuart Dreyfus, Professor für Operations Research, entwickeln darin ein 5-Stufen-Modell, wie der Mensch eine bestimmte Fähigkeit, z.B. das Autofahren oder das Schachspielen, erlernt: vom Stadium des Anfängers, der einfach Regeln anwendet, ohne den Kontext der Situation zu berücksichtigen, bis zum Stadium des Experten, der die Fertigkeit so verinnerlicht hat, daß er Entscheidungen treffen kann, ohne bewußt darüber nachzudenken.

Entscheidend sind dabei die menschlichen Fähigkeiten, Regeln auf den Kontext einer Situation zu beziehen, Erfahrungen zu sammeln und auf deren Hintergrund eine Situation zu bewerten, intuitiv ganze Situationen miteinander zu vergleichen. Intuition meint dabei eine holistische, ganzheitliche Form des Denkens, die nicht so arbeitet, daß sie ein Objekt in Teilstrukturen zerlegt. Gemessen an diesem Modell können die Autoren die Grenzen heutiger Computer, die als logisch schließende Maschinen organisiert sind, deutlich aufzeigen und an Beispielen wie dem Schachspiel belegen. Auch in der Entwicklungsgeschichte der KI, die die beiden Autoren seit ihren Anfängen beobachten, zeigt sich, wie immer wieder diese Grundprobleme unter den Tisch gekehrt werden (z.B. das Problem des Alltags-Wissens).

Zieht man aber die Grenzen bewußt in Betracht, ergeben sich neue Möglichkeiten für den Einsatz von Computern, um menschliches Denken nicht zu ersetzen, sondern zu unterstützen.

(Klaus Schultz)

Das demokratische Potential des Profits

In der Zeitschrift Forum Wissenschaft erschien im Heft 4/87 ein Artikel von G. Wohland mit dem Titel "Das demokratische Potential der Computer-Technik - Technische Grundlagen einer demokratischen Technologiepolitik". Über diesen Artikel wurde in der FIFF Regionalgruppe Dortmund ebenso intensiv wie kontrovers diskutiert. Der Einladung zur FIFF Jahrestagung entnahmen wir, daß Herr Wohland dort einen Vortrag gleichen Titels halten wird. Daher erscheint es uns geboten, einige kritische Anmerkungen zu Wohlands Thesen schon im Vorfeld unter das Volk zu streuen.

Zunächst eine kurze Zusammenfassung der Eckpunkte seiner Argumentation.

- Er geht davon aus, daß Menschen im Produktionsprozeß nicht (vollständig) durch Computer ersetzt werden können.
- Insbesondere sei Computertechnik nicht die Ursache von Arbeitslosigkeit, diese hänge vielmehr vom Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit ab. Für ihn resultiert Arbeitslosigkeit u.a. aus einem "Überraschungseffekt" (!) des Kapitals bei der Einführung neuer Technologien.
- Für viele globale Probleme seien High-Tech und Großtechnik die einzige Lösung.
- "Großtechnische Systeme lassen sich (...) produktiv betreiben, wenn es gelingt, die Interessen der Betroffenen (Produzenten und Konsumenten) zu analysieren und in die Konstruktion der technischen Systeme einfließen zu lassen."
- "So ist höherer Profit im High-Tech-Bereich an demokratische Prozesse gebunden. Dies ist das demokratische Potential der Computertechnik."

- Neben den Naturwissenschaften werden auch die Gesellschaftswissenschaften zur unmittelbaren Produktivkraft.
- "Die allgemeine Einsetzbarkeit der Computertechnik führt auch zu einer allgemeinen Betroffenheit. Dadurch entstehen Bündnismöglichkeiten, welche ähnlich breit sind wie die der Friedensbewegung."

Ungeachtet der Tatsache, daß Wohlands Argumentation in sich widersprüchlich ist (wie wir noch zeigen werden), sind unseres Erachtens schon ihre Prämissen nicht haltbar. Durch die Verleugnung des Zusammenhanges zwischen dem Einsatz der Computertechnik und dem Abbau von Arbeitsplätzen stellt sich Wohland einen Persilschein aus, mit dem eine grundsätzliche Technikkritik von vornherein nicht zugelassen wird. Das zeigt sich auch an der zweiten Prämisse, daß nämlich "High-Tech" der Schlüssel zur Lösung der globalen Probleme sei.

Unserer Ansicht nach sind diese Probleme (Ost-West-Konflikt, Nord-Süd-Gefälle, Umweltvergiftung, um nur einige zu nennen), nicht durch Technik zu lösen, sondern nur politisch. Technik kann also sehr wohl Probleme verursachen, als Patentrezept zu ihrer Lösung ist sie aber untauglich.

Wohland schreibt: "Sozial unverträglich ist jedoch eine im Interesse des Kapitals entwickelte und gestaltete Technik". Die Computertechnik nimmt für ihn allerdings eine Sonderstellung ein: "Höherer Profit im High-Tech-Bereich (ist) an soziale Prozesse gebunden". Diese momentan gegebene Situation lasse sich ausnutzen, um gemeinsam mit den Unternehmen "demokratische Prozesse" (was immer das sein mag) zu verwirklichen.



Aber ist der tiefere Sinn von Ergonomie nicht höhere Arbeitsleistung bei weniger Fehlzeiten? Sind Betriebsräte nicht von Gesetzes wegen auf die Unterstützung des Unternehmenszieles verpflichtet?

Statt diesen Widerspruch aufzulösen, ist er bereit, ihn zu verdrängen, um auf dem Wege zu einer demokratischen Technik ein wenig weiterzukommen. Er verzichtet darauf, das Profitstreben als Grundlage gesellschaftlicher Entwicklungen in Frage zu stellen, im Gegenteil, er versucht es sich zunutze zu machen als Träger demokratischer (Technik-)Perestroika. So verwundert es nicht, daß er die Gestaltungsmöglichkeiten auf der betrieblichen Ebene ansetzt, wo die o.a. Interessen unmittelbar vorliegen. Betriebliche Kirchturmpolitik nach dem St. Florians-Prinzip taugt aber nicht zur Lösung globaler Probleme, wie die Betriebsrätedemo für (!) die WAA in Wackersdorf schmerzhaft vor Augen führt.

Dem Denkwang folgend, daß nur das machbar sei, was auch profitsteigernd ist, ist es nur konsequent zu akzeptieren, daß Demokratie dort ihre Grenzen findet, wo der Profit nicht mehr gewährleistet werden kann. Jüngstes Beispiel der Folgen dieser leider auch in führenden Gewerkschaftskadern verbreiteten Grundhaltung ist die aktive Hinnahme der Werkschließung in Rheinhausen.

(Thomas Jandach, Johannes Joemann, Georg Reichwein)



Am Ende der Arbeitsteilung?

Probleme des Wandels der industriellen Welt.

Die Ausweitung der Technik in der Arbeitswelt ist Gegenstand von vielerlei Versuchen der Folgenabschätzung. Dabei konkurrieren pessimistische mit optimistischen Erwartungen. Auf der einen Seite wird befürchtet, daß die zunehmende Technisierung auf Kosten der Arbeitenden geht, auf der anderen wiederum werden gerade die Vorteile herausgestellt, die in der Abschaffung stumpfsinniger Arbeit und schädigender Arbeitsplätze bestehen. Genauere soziologische Untersuchungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß an den landläufigen Erwartungen Korrekturen angebracht werden müssen. In diesem Zusammenhang sind die Analysen der beiden Göttinger Soziologen Horst Kern und Michael Schuhmann (Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion, Beck Verlag 1986) von besonderem Interesse.

Der Angelpunkt Ihrer Argumentation besteht in der Aussage, daß entgegen bisheriger Erwartungen die Rationalisierung nicht zu einer weitergehenden Fremdbestimmung am Arbeitsplatz geführt hat. Im Gegenteil erfordert die immer kompliziertere Technik Arbeiter und Angestellte, die mitdenken, verantwortlich handeln und kreativ sind. Hatte die Wirtschaft unter den Maximen des sogenannten Taylorismus Anfang dieses Jahrhunderts Rationalisierungseffekte "durch Arbeitsvereinfachung, straffere Arbeitsorganisation und massiven Druck (...) eindeutig auf dem Rücken der betroffenen Arbeiter erzielt" (Kern), so sind heute Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung geradezu Bestandteile der Modernisierungsstrategien der Betriebe. Die "alte Doppelgleichung Arbeit = Zwang und Fremdbestimmung

Freizeit = Freiheit und Selbstbestimmung verliert immer mehr an Berechtigung, wenn sie überhaupt je Gültigkeit besaß", so das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen anläßlich eines Kolloquiums zum 250jährigen Bestehen der Universität. Verständlich, daß diese neue Sicht, dieser Optimismus von der einen oder anderen Seite begrüßt wurde.

Doch hat diese positive Entwicklung auch ihre Schattenseiten. Denn die Rationalisierung findet im Zeichen starker Arbeitslosigkeit statt. Und das hat zur Folge: wer arbeitet, kann sich qualifizieren, wer keine Anstellung hat, verliert an Kompetenz und damit an Möglichkeit, je wieder eine Stellung zu finden. Zum Qualifizierungsprozess in der Arbeit gehört auch, wie Schuhmann und Kern beobachtet haben, daß große Firmen nach Möglichkeit Stellen mit ihren eigenen Belegschaftsmitgliedern oder "jungen Arbeitskräften mit exquisiten technischen Qualifikationen" besetzen, so daß langfristig Arbeitslose immer schwerer hineinkommen. Qualifikation auf der einen Seite zementiert auf der anderen Seite Langzeitarbeitslosigkeit.

Nun kann man sich darüber wundern, daß der Skandal der Arbeitslosigkeit auch von den Gewerkschaften schon so lange hingenommen wird. Auch hierfür haben Kern und Schuhmann eine Erklärung: die Veränderungen in der Arbeitswelt erzeugen neue politische Einstellungen, die sich nicht ohne Weiteres mit den Strukturen der Gewerkschaften oder auch der SPD zur Deckung bringen lassen. Die kreativere individualisiertere Arbeit und die damit einhergehende größere soziale Sicherheit der Erfolgreichen verhindern Solidarisierungen alten

Stils. Dem entspricht umgekehrt, daß, wer keine Arbeit hat, auch nicht streiken oder sonstwie Druck ausüben kann. Kern nennt dies eine "Alles-oder-Nichts-Konstellation" und folgert daraus die Notwendigkeit für die Gewerkschaften, neue Formen der Mitgliederwerbung und der Tarifaufeinanderstellungen zu entwickeln.

Auch der in Bamberg lehrende Soziologe Ulrich Beck hat sich von einigen herkömmlichen Vorstellungen verabschiedet. Dennoch malt er kein optimistisches Bild - im Gegenteil. Der von ihm 1984 geprägte Begriff "Risikogesellschaft" drückt das schon aus. Man darf diesen Begriff allerdings nicht dahingehend mißverstehen, daß die moderne Gesellschaft nun einmal Risiken produziere, die unvermeidlich und auch irgendwie beherrschbar seien. Nein, die Risiken gehen einher mit der Produktion gesellschaftlichen Reichtums, ihnen liegt also die Entscheidung für eine ganz bestimmte Form des Wirtschaftens zugrunde. Daß der Reichtum verhältnismäßig weit verbreitet ist, macht das Ganze nur noch schlimmer: "Gefahren werden zu blinden Passagieren des Normalkonsums."

Die Industriell produzierten Risiken zeichnen sich für Beck durch fünf Charakteristika aus, die menschheitsgeschichtlich neu sind und daher auch Korrekturen in der Soziologie und nicht zuletzt - in der Politik erfordern:

Die mit der Technik einhergehenden Bedrohungspotentiale können jeden treffen; Arm und Reich sind ihnen in gleicher Weise ausgeliefert. Im Zeichen der Gefahr verschwindet also der alte Klassen Gegensatz. Das hat die politische Folge, daß sich Widerstandsformationen gegen die Produzenten von Risiken nicht mehr entlang der traditionellen Scheidelinien der Gesellschaft bilden können. Individuen müssen sich neu zusammenschließen, was noch dadurch erschwert wird, daß die Auflösung der Bedeutung von Familie, Klasse, Schicht Tendenzen zur Vereinzelung verstärkt.

Das zweite Charakteristikum der Gefahren ist, daß man sie nicht spürt. Komplizierte Meßverfahren und eine funktionierende öffentliche Kommunikation sind nötig, damit

der einzelne überhaupt erfährt, was ihn an Leib und Leben bedroht.

Damit hängt als Drittes zusammen, daß der einzelne kaum die Chance hat, das Risikopotential für sich selbst zu vermindern. Wir sitzen gewissermaßen alle in einem Boot und es gibt keine Möglichkeit, seine Reiseroute selbst zu wählen.

Gefahren sind - viertens - nicht nur die "blinden Passagiere des Normalkonsums", sondern ihre Produktion geschieht unbeabsichtigt, ungeplant, ohne Bewußtsein: "Die Tat passiert dauernd, ist die Gefährdung, die die Welt verändert; das Bewußtsein hinkt der Tat ein Jahrhundert hinterher. Die Jahrhundertdifferenz zwischen Tun und Vorstellen bedeutet auch, daß die Tat nicht deswegen geschieht, weil sie legitimiert ist, sondern deswegen, weil sie unvorstellbar ist."

In seinem im Herbst erscheinenden Buch "Gegengifte" beschreibt Beck fünftens, wie das Ausmaß der Gefahren die Möglichkeiten gesellschaftlicher Institutionen, ihre Folgen zu beherrschen oder wenigstens abzumildern, übersteigt. Es gibt keine Versicherung gegen eine großflächige atomare Verseuchung, und auch die Politik kann letzten Endes nicht behaupten, mit ihren Mitteln die Bevölkerung wirksam zu schützen. Was behauptet sie aber dann? Die Gefahren werden, so Beck, lediglich verleugnet: die Politik nimmt ihre Aufgabe der verantwortlichen Gestaltung nicht mehr wahr.

Die Thesen Ulrich Becks erinnern an die Thesen des Bielefelder Soziologen Niklas Luhmann, denn auch Luhmann spricht davon, daß individuelle Zurechenbarkeit von Verantwortung in der Entwicklungsdynamik der Gesellschaft verschwindet. Aber genau gegen Luhmann richtet sich die schärfste Polemik von Beck. Er wirft ihm vor, etwa die Umweltproblematik lediglich als ein Phänomen zu bewerten, das nur deswegen existiert, weil die Gesellschaft es wahrnimmt und darüber kommuniziert. Ob zu recht oder zu unrecht: Beck hält das für zynisch und plädiert stattdessen dafür, die "Beweislaststrukturen" neu zu verteilen. Zum einen müßten die potentiellen Verursacher von Gefahren nachweisen, daß von ihnen vorhaben keine Risiken für die All-

gemeinheit ausgehen. Dies wiederum kann für Beck nur so geschehen, daß andere Wissenschaftler als diejenigen, die eine bestimmte Technologie entwickelt haben, als Gutachter befragt werden. Dies würde auch zu einer "Pluralisierung" von Wissenschaft führen, denn in die Gutachten würden auch die Meinungen, Interessen und Befürchtungen derjenigen Bürger mit eingehen, die sonst keine wissenschaftliche Möglichkeit zur Artikulation haben. Diese Form der vorgeschlagenen Kommunikation widerspricht sehr stark Luhmanns Vorstellungen, weil er auch in der Umweltproblematik mehr auf die Kompetenz von Experten setzt.

Ulrich Becks Analysen sind der Versuch, den Risiken der Industriegesellschaft mit Denkmethoden, die ihr angemessen sind, zu begegnen. Doch wirken die Perspektiven Becks, die er den Schreckensszenarien entgegensetzt, etwas zweckoptimistisch: "Der Hauptgegner der Atomindustrie (der Chemieindustrie usw.) sind nicht die Demonstranten vor den Bauzäunen, die kritische Öffentlichkeit; der überzeugendste und ausdauerndste Gegner der Atomindustrie ist - die Atomindustrie selbst. Der verselbständigten Umsetzung der Gefahren entspricht eine verselbständigte Demaskierung der herrschenden Sicherheitsphilosophien und -technologien." - Wenn dies so wäre, bräuhete es keine Soziologie mehr, sondern theorielose Beschreibung würde genügen. Doch so schön ist die industriell produzierte neue Welt nicht, daß man nicht kritisch über sie nachdenken müßte.

(Stephan Wehowski)

Mit ISDN in die Post-industrielle Zukunft

Den folgenden Resolutionsentwurf hat der FIFF-ISDN-Arbeitskreis auf seiner Sitzung am 11. September verabschiedet. Er wird der Mitgliederversammlung in Hamburg zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Am 1. November 1988 wird die erste ISDN-fähige Vermittlungsanlage in Hamburg ihren Betrieb aufnehmen. Nach den 1987/1988 in Stuttgart und Mannheim durchgeführten Pilotprojekten werden damit einige bereits bekannte Fernmeldedienste mit neuen technischen Eigenschaften über die Fernsprechan-schlußleitung angeboten. Das Dienstespektrum im ISDN soll schrittweise ausgeweitet werden. Spätestens 1993 wird die Deutsche Bundespost (DBP) ISDN-Anschlüsse flächendeckend anbieten.

Ab 1990 sollen auch Breitbanddienste (z.B. Bildfernsprechen) auf Glasfasertechnologie integriert werden - das ISDN wird zum IBFN ('Integriertes Breitband-Fernmelde-netz') und durch die Integration von Hörfunk und Fernsehen letztlich zum alles integrierenden Universal-netz.

Entstehung und Bedeutung von ISDN

Obwohl das neue Fernmeldenetz jeden Bundesbürger betreffen wird, fand die Entwicklung und Festlegung des ISDN-Konzeptes ohne Mitwirkung der Öffentlichkeit statt - selbst die Länderparlamente und der Bundestag waren nicht daran beteiligt. Die nationalen Konzepte und Pläne wurden primär zwischen der DBP, verschiedenen Wirtschaftsverbänden und Vertretern der mächtigen Fernmeldeindustrie (v.a. den 'Amtsbaufirmen' Siemens und SEL) diskutiert, bevor sie dann von der DBP beschlossen wurden. Die bevorstehende Zerschlagung der Bundespost in drei unabhängige Unternehmensbereiche und die ver-

stärkte Ausrichtung speziell des geplanten TELEKOM-Bereiches an den Interessen der Privatwirtschaft wird die Möglichkeiten der öffentlichen Kontrolle noch weiter vermindern.

ISDN hat für die westdeutsche Wirtschaft und Verwaltung als infrastrukturelle Basis für umfassende Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen eine wichtige strategische Bedeutung. Die enormen Investitionen, die dafür notwendig sind, werden von der Allgemeinheit v.a. über die Telefongebühren getragen.

Im internationalen Umfeld hat die DBP von Anfang an bei der Entwicklung von ISDN eine führende Rolle eingenommen. Weltweit sind neue Telecom-Märkte im Entstehen. ISDN soll diese profitträchtigen Wachstumsfelder den westdeutschen Unternehmen öffnen.

Drohende Risiken von ISDN

Die nachfolgend formulierte Kritik an ISDN richtet sich gegen das Gesamtkonzept in der Form, wie es derzeit von der DBP geplant wird und bisher realisiert worden ist. Dadurch soll nicht ausgeschlossen werden, daß es für einzelne technische Elemente des ISDN durchaus sinnvolle Einsatzmöglichkeiten geben kann.

Rationalisierung

Mit ISDN entsteht ein gewaltiges Rationalisierungsinstrument, das die kapitalistische Wirtschaft im Sinne ihrer Logik zur weiteren Vernich-

tung von Arbeitsplätzen nutzen wird. ISDN kann dabei sowohl als *innerbetriebliches* als auch als *zwischenbetriebliches* Rationalisierungsinstrument dienen. Die Rationalisierung wird nicht auf den nationalen Bereich begrenzt sein, sondern mit Schaffung des europäischen Binnenmarktes europaweit durchgesetzt werden.

Die Folgen dieser Rationalisierung werden nicht alle ArbeitnehmerInnen gleichmäßig betreffen, sondern sich zunächst v.a. auf Arbeitsplätze mit geringer Qualifikationsanforderung und Frauenarbeitsplätze im Bürobereich auswirken.

Kontrolle

Voraussetzung und Bestandteil des ISDN-Konzeptes ist die Digitalisierung der Fernsprechvermittlungstechnik, d.h. der Ersatz einer prinzipiell anonymen elektromechanischen Vermittlung durch eine identifizierende rechnergesteuerte Vermittlung. Die dabei anfallenden Verbindungsdaten sollen in wenigen regionalen Rechenzentren gespeichert werden. Dadurch wird es technisch möglich sein, umfassende Kommunikationsprofile ganzer Bevölkerungsgruppen zu erstellen (wer mit wem Daten und Texte austauscht und schließlich, wer welche Fernsehprogramme empfängt). Auch wenn dies nach heutigen Gesetzen noch nicht erlaubt sein sollte, zeigt die Erfahrung, daß dies für staatliche Kontrollinstanzen (Polizei, Verfassungsschutz, etc.) kein Hinderungsgrund ist, sei es, daß sie sich über gesetzliche Verbote hinwegsetzen, sei es, daß die Gesetze nach Bedarf geändert wer-

den. Mit ISDN wird eine entscheidende Voraussetzung für den Orwell'schen Überwachungsstaat geschaffen.

Die Gefahren von ISDN rühren nicht nur vom *Mißbrauch* dieser Technologie - schon der normale *Gebrauch* erweitert zusammen mit geeigneten Gesetzen die Möglichkeit für einen alles kontrollierenden Überwachungsstaat.

Rechtliche Auswirkungen

Durch die jetzt schon teilweise vorhandene und immer mehr zunehmende Vernetzung von Computersystemen untereinander wird der (sowieso nur rudimentäre) Datenschutz noch weiter ausgehöhlt. Die Rechte der ArbeitnehmerInnen und der Gewerkschaften (z.B. das Streikrecht) werden zunehmend durch die zwischenbetriebliche und zum Teil auch internationale Vernetzung geschwächt.

Durch Verlagerung der Arbeit bis in die Wohnungen (z.B. durch Tele-Heimarbeit) werden ArbeitnehmerInnen-Schutzrechte unterlaufen und die Solidarität der ArbeitnehmerInnen geschwächt.

Es steht zu befürchten, daß ISDN diese Tendenzen in beträchtlichem Umfang verstärken wird.

Psychosoziale Auswirkungen

Wir befürchten, daß, wenn ISDN in den Privatbereich der Menschen einmal vorgedrungen sein wird, die direkte zwischenmenschliche Kommunikation, die eine der Grundlagen menschlichen und gesellschaftlichen Lebens überhaupt darstellt, immer mehr durch technisch vermittelte indirekte Kommunikation ersetzt wird und damit immer mehr verarmt.

Indem ISDN die Ausbreitung der Computer im Privatleben fördert, wird auch das Denken in Computer-Kategorien gefördert werden: Probleme, die nicht mittels Computer lösbar sind, werden verdrängt und nicht mehr wahrgenommen. Besonders die Kinder sind durch diese Computerisierung des Alltags bedroht, da die unmittelbare Auseinandersetzung mit ihrer *realen* sozialen und natürlichen Umwelt zentral für ihre Entwicklung ist.

Abhängigkeit von einer neuen Großtechnologie

Die flächendeckende Einführung von ISDN wird dazu führen, daß immer weitergehende Bereiche unserer Gesellschaft in hohem Maße von der Zuverlässigkeit der Computer in den ISDN-Vermittlungsstellen sowie der dort eingesetzten Software abhängig werden. Aus Erfahrungen der Vergangenheit wissen wir aber, daß dermaßen komplexe Systeme nie fehlerfrei sein können, und es wird auch nicht möglich sein, diese Software mit ausreichender Sicherheit gegen Manipulation zu schützen.

Mit ISDN wird die Gesellschaft in ihrer Kommunikationsstruktur von einem von niemandem überschaubaren und beherrschbaren System abhängig. Die wachsende Abhängigkeit der Gesellschaft von solchen technischen Großsystemen provoziert nach allen bisherigen Erfahrungen jedoch ein staatliches Handeln, das primär und mit immer geringeren Einschränkungen das Funktionieren dieser Systeme zum Ziel haben muß. Dem werden im Konfliktfalle andere Rechtsgüter untergeordnet werden - bis hin zur Einschränkung individueller Freiheiten.

Konsequenzen

Vor der Einführung von ISDN hätte die DBP die Pflicht nachzuweisen, daß für ISDN ein ausreichender Bedarf besteht und daß diese Technik mit den sozialen Strukturen der Gesellschaft nicht nur verträglich ist, sondern zur Lösung wichtiger sozialer und gesellschaftlicher Probleme einen wesentlichen Beitrag leistet (*Sozialförderlichkeit*). Diese Nachweise hat die DBP bis heute nicht erbracht.

Wir halten das ISDN-Konzept der DBP für technisch und sozial nicht verantwortbar und lehnen es deshalb ab.

Folgende Punkte sollten nach unserer Meinung bei der Diskussion eines Alternativ-Konzeptes u.a. beachtet werden:

- es dürfen im Vergleich zum jetzigen System keine zusätzlichen Kommunikationsdaten entstehen;

- die Errichtung neuer Netze und die Einführung neuer Dienste darf nur durch den Gesetzgeber und unter Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgen;
- vor der Errichtung eines neuen Netzes muß das Arbeits- und Mitbestimmungsrecht ausgebaut werden, um einer Rationalisierung besser begegnen zu können;
- der Datenschutz muß entsprechend den technischen Möglichkeiten des Datenaustausches beträchtlich verstärkt werden.

Die DBP wird, wie eingangs benannt, in Kürze mit dem Aufbau eines flächendeckenden ISDN beginnen, obwohl ihr die oben zusammengefaßte Kritik schon lange bekannt ist. Wir betrachten es deshalb als unsere Aufgabe,

- die Bevölkerung über ISDN und die damit verbundenen Konsequenzen aufzuklären;
- die Diskussion über ISDN in alle gesellschaftlich relevanten Gruppen (z.B. Gewerkschaften, Parteien oder Kirchen) zu tragen bzw. daran teilzunehmen;
- uns an der Diskussion über Alternativen zu ISDN zu beteiligen;
- uns am Aufbau eines Netzes von ISDN-Kritikern zu beteiligen, den überregionalen Informationsaustausch zu fördern und mitzuhelfen, Aktivitäten gegen ISDN zu koordinieren.

Zur Diskussion und Forschung über Technologiefolgen

Technikeinsatz hat einschneidende Folgen: Klimaveränderung, Waldsterben, Strahlenverseuchung sind nur einige ungelöste Probleme. Eingriffe in das ökologische Gleichgewicht zerstören unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

Auch das Zusammenleben von Menschen verändert sich durch den Einsatz neuer Techniken, insbesondere durch die Informationstechnik: mehr und mehr Arbeitsplätze mit Computer, immer weniger Arbeit durch Computer. Information und Kommunikation über Computer. Computer erleichtern Kontrolle und Fremdbestimmung, verstärken Macht und Ohnmacht. Dabei sind es nur kleine Gruppen, die über Forschung, Entwicklung und Einsatz von Technik bestimmen.

Schlechte Erfahrungen haben inzwischen das Bewußtsein vieler Menschen geschärft. Mißtrauen und öffentliche Kritik richten sich gegen die Techniken, aber auch gegen die Technologien, d.h. das Wissen und die Lehre über Techniken und ihre Einsatzbedingungen.

Weil Aspekte wie Verantwortung, Macht oder Interessen bei der Forschung und Entwicklung von Technologien keine Berücksichtigung finden, führt ihre Nutzung oft zu sozial unverträglichen und umweltfeindlichen Auswirkungen. Der Versuch sozialer Beherrschbarkeit setzt oft zu spät ein, hat bisher kaum eine Chance.

Technologiefolgenabschätzung ist ein Versuch, den wissenschaftlich-technischen und gesellschaftlichen Wandel zu lenken. Doch als Politikberatung konzipiert, ist sie nicht auf die Behebung der eigentlichen Ursachen gerichtet. Um Forschung und Entwicklung durchschaubar, gesellschaftlich kontrollierbar und demokratisch bestimmbar zu machen, ist unserer Meinung nach eine verstärkte Forschung und

öffentliche Diskussion über Technologiefolgen notwendig. Erst dadurch entsteht die Chance, daß Technologieentwicklung und Technikeinsatz auf die Interessen möglichst aller gesellschaftlichen Gruppierungen ausgerichtet werden.

Enttäuschter Fortschritts Glaube zwingt zum Umdenken

Wissenschaft und Technik werden als Wettbewerbsfaktoren aufgefaßt. Entsprechend den "Erfordernissen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit" werden sie durch Wirtschaft und Politik gefördert und gelenkt. Während in der Industriegesellschaft (neben Kapital und Arbeit) der Produktionsfaktor Technologie im Vordergrund steht, spricht man jetzt - im Hinblick auf die "Informationsgesellschaft" - vom Produktionsfaktor Information. Wissen und Information sollen als Ware vermarktet werden. Wer darüber verfügt, kann seine Konkurrenzkraft verbessern und Profite erwirtschaften. Die Informationstechnik soll dabei als Instrument zur Verarbeitung und Verbreitung dienen. Der mit ihr verbundene Anspruch auf universelle Einsetzbarkeit ist maßlos, weil er durch keine sozialen oder ethischen Maßstäbe begrenzt wird.

Wissenschaft und Technik sind in ihrer Entwicklung nicht auf das Allgemeinwohl ausgerichtet. Im Ergebnis dient der technische Wandel nur noch den Zielen weniger, die Allgemeinheit trägt oft den Schaden davon (z.B. wirtschaftliches Wachstum auf Kosten von Arbeitslosigkeit oder Umweltverschmutzung). Im Glauben an den Fortschritt wird die wissenschaftlich-technische Entwicklung dem Zusammenspiel von Wissenschaft (sgemeinden), Wirt

schaftsunternehmen und -verbänden und Regierungspolitik überlassen. Dabei verläuft dieser Prozeß extrem undemokratisch ab, weil die über den Staat mögliche Einflußnahme nie Ansatzpunkt für demokratische Willensbildung war.

Doch technischer Fortschritt ist nicht mehr gleich sozialem Fortschritt. Das Verhältnis von Technik und Gesellschaft, zwischen Wissenschaft und Politik wird zu einer Grundsatz-, wenn nicht Überlebensfrage heutiger Gesellschaft: Welches politische Handeln und welche politischen Konstruktionen sind zur Steuerung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung geeignet, um auf Dauer Gesellschaftliche Kontrolle und ausreichend sozialen Konsens zu erreichen?

Technology Assessment

Der Bedarf nach wissenschaftlicher Politikberatung für Parlament und Regierung prägte den Begriff Technology Assessment (TA, Technologiefolgenabschätzung). TA-Ergebnisse sollen die Rationalität von Entscheidungen verbessern und den Handlungsspielraum zur Steuerung des wissenschaftlich-technischen Wandels und seinen vielfältigen Auswirkungen (d.h. auch die Einstellung der Bevölkerung) vergrößern. Das originär politische Ziel ist letztlich die Legitimation von Wissenschaft und Technik und die sich darauf beziehende Politik.

TA erhebt den Anspruch, Technologien und ihre Entwicklung zu analysieren, die Folgen für Gesellschaft und natürliche Umwelt abzuschätzen, aufgrund definierter Ziele und Werte diese Folgen zu beurteilen und unter Einbeziehung von Alternativen verschiedene Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten herauszuarbeiten. Als Grundlage für politische Entscheidungen sollen TA-Ergebnisse möglichst

umfassend, vorausschauend und "entscheidungsrelevant" (d.h. vom politischen System umsetzbar) sein.

Parlamentarische Schwierigkeiten

In der Legislative wurde TA zuerst Mitte der 60er Jahre in den USA diskutiert. Seit 1978 arbeitet dort das Office of Technology Assessment (OTA) als inzwischen anerkannte Beratungsinstitution für den Kongreß.

In der BRD sind die Versuche zur Einrichtung einer entsprechenden parlamentarischen Beratung bisher an dem befürchteten Machtzuwachs der Opposition gescheitert. Stattdessen werden Enquetekommissionen mit themenbezogenen Aufträgen eingerichtet, deren Arbeit allerdings durch die zeitliche Begrenzung (maximal eine Legislaturperiode), durch die Abbildung parlamentarischer Kräfteverhältnisse und Konflikte und durch den Einfluß der Ministerialbürokratie stark behindert wird.

Interessengeleitete Forschung über Technologiefolgen

Die Forschung zu Technologiefolgen wird auch in anderen Bereichen durchgeführt. Die Industrieforschung ist am Markt orientiert und dient z.B. "der Zielfindung und Projektdefinition in Forschung und Entwicklung und ist eine Entscheidungshilfe bei der Festlegung der Geschäftspolitik und bei technischen Strategien des Konzerns" (Daimler-Benz).

An Universitäten gibt es mehr Möglichkeiten, ethische und soziale Fragen innerhalb von Projekten oder an eigenen Lehrstühlen (z.B. Hamburg, Ulm) zu bearbeiten. Auch andere öffentlich kontrollierte Forschungseinrichtungen bieten sehr gute Voraussetzungen für Technologiefolgenforschung und könnten auf der Basis wissenschaftlicher Prinzipien auf gesellschaftliche Bedürfnisse eingehen. Allerdings sind Universitäten und öffentlich kontrollierte Großforschungseinrichtungen aufgefordert, "noch bereitwilliger und umsetzungsorientierter mit der Wirtschaft zusam-

menzuarbeiten" (Bundesbericht Forschung 1988).

In Bürgerinitiativen, Kirchen o.ä. gibt es von staatlicher Kontrolle unabhängige Aktivitäten, die aber meist große Schwierigkeiten mit Finanzierung und Verbreitung ihrer Ergebnisse haben.

"Informationstechnik 2000" - und die Folgen?

Wie notwendig die Forschung und öffentliche Diskussion über Technologiefolgen ist, zeigt die bisherige Version des Programms "Informationstechnik 2000". Dieses Förderprogramm der Bundesregierung soll die Weichen für die Entwicklung der "Informationsgesellschaft" in den kommenden Jahrzehnten stellen. Die Leitideen dieses Zukunftskonzeptes sind Markt, Anwendung und Herstellung, Know-how, Kapital. An der Entwicklung sind außer Industrie, ausgewählter Wissenschaft und Regierung keine anderen gesellschaftlichen Gruppen angemessen beteiligt gewesen. Öffentlichkeit wurde so gut wie nicht hergestellt.

Angesichts der grundlegenden Veränderungen, die der Einsatz von Informationstechnik mit sich bringt, ist solch ein Vorgehen unverantwortlich. Technologiefolgenforschung sollte in das Programm integriert werden und Untersuchungen sollten sofort beginnen. Die Ziele des Zukunftskonzeptes sollten öffentlich diskutiert werden, damit die Durchsetzung einzelner Interessen begrenzt und sozial orientierte Ziele aufgenommen werden können.

Unser Verständnis von Forschung und öffentlicher Diskussion über Technologiefolgen

Technologien werden auf bestimmte Ziele hin entwickelt, ihr Einsatz gestaltet Arbeits- und Lebensbedingungen. Forschung und öffentliche Diskussion über Technologiefolgen sind Teil des Gestaltungsprozesses.

Technologiefolgenforschung muß auch sozial orientierte Gestaltungsforschung sein, die von sozialen

Problemen ausgehend Zukunftsvisionen zur Diskussion stellt, deren Leitbilder Ausgangspunkt für Forschung und Entwicklung werden können.

Politischen Entscheidungen über Förderschwerpunkte, Ziele und Prozesse in Forschung und Entwicklung, ihre Produkte und Anwendungen muß eine öffentliche Diskussion zugrunde liegen. Zwangsläufig auftretende Zielkonflikte müssen durch demokratische Willensbildung entschieden werden.

Aufgabe von Technologiefolgenforschung ist es, diese öffentliche Auseinandersetzung vorzubereiten und so zur Offenlegung und Nachvollziehbarkeit von Kriterien beizutragen. Forschungsgegenstände sind deshalb:

- Prozeß der Festlegung von Förderschwerpunkten,
- Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsprogrammen und -projekten,
- Nutzung von FuE-Ergebnisse und -Produkten,
- Wirkungen der genutzten FuE-Ergebnisse und -Produkte

Um einseitige Interessendurchsetzung in der Folgenforschung zu vermeiden, müssen Interessenten aus allen gesellschaftlichen Bereichen teilnehmen können.

Technologiefolgenforschung muß zum festen Bestandteil aller FuE-Arbeiten gemacht werden. Der Anteil sollte mindestens 10% an Personal- und Sachkapazität betragen.

Technologiefolgenforschung sollte interdisziplinär durchgeführt werden. Gleichzeitig sind die jeweils der Technologie zugrundeliegenden Methoden weiterzuentwickeln. Auch die Informatik muß sich aktiv an der Technologiefolgenforschung beteiligen und sie in ihre Methoden und Techniken mit aufnehmen.

(Ralf Klischewski, Manfred Domke)

umfassend, vorausschauend und "entscheidungsrelevant" (d.h. vom politischen System umsetzbar) sein.

Parlamentarische Schwierigkeiten

In der Legislative wurde TA zuerst Mitte der 60er Jahre in den USA diskutiert. Seit 1978 arbeitet dort das Office of Technology Assessment (OTA) als inzwischen anerkannte Beratungsinstitution für den Kongreß.

In der BRD sind die Versuche zur Einrichtung einer entsprechenden parlamentarischen Beratung bisher an dem befürchteten Machtzuwachs der Opposition gescheitert. Stattdessen werden Enquetekommissionen mit themenbezogenen Aufträgen eingerichtet, deren Arbeit allerdings durch die zeitliche Begrenzung (maximal eine Legislaturperiode), durch die Abbildung parlamentarischer Kräfteverhältnisse und Konflikte und durch den Einfluß der Ministerialbürokratie stark behindert wird.

Interessengeleitete Forschung über Technologiefolgen

Die Forschung zu Technologiefolgen wird auch in anderen Bereichen durchgeführt. Die Industrieforschung ist am Markt orientiert und dient z.B. "der Zielfindung und Projektdefinition in Forschung und Entwicklung und ist eine Entscheidungshilfe bei der Festlegung der Geschäftspolitik und bei technischen Strategien des Konzerns" (Daimler-Benz).

An Universitäten gibt es mehr Möglichkeiten, ethische und soziale Fragen innerhalb von Projekten oder an eigenen Lehrstühlen (z.B. Hamburg, Ulm) zu bearbeiten. Auch andere öffentlich kontrollierte Forschungseinrichtungen bieten sehr gute Voraussetzungen für Technologiefolgenforschung und könnten auf der Basis wissenschaftlicher Prinzipien auf gesellschaftliche Bedürfnisse eingehen. Allerdings sind Universitäten und öffentlich kontrollierte Großforschungseinrichtungen aufgefordert, "noch bereitwilliger und umsetzungsorientierter mit der Wirtschaft zusam-

menzuarbeiten" (Bundesbericht Forschung 1988).

In Bürgerinitiativen, Kirchen o.ä. gibt es von staatlicher Kontrolle unabhängige Aktivitäten, die aber meist große Schwierigkeiten mit Finanzierung und Verbreitung ihrer Ergebnisse haben.

"Informationstechnik 2000" - und die Folgen?

Wie notwendig die Forschung und öffentliche Diskussion über Technologiefolgen ist, zeigt die bisherige Version des Programms "Informationstechnik 2000". Dieses Förderprogramm der Bundesregierung soll die Weichen für die Entwicklung der "Informationsgesellschaft" in den kommenden Jahrzehnten stellen. Die Leitideen dieses Zukunftskonzeptes sind Markt, Anwendung und Herstellung, Know-how, Kapital. An der Entwicklung sind außer Industrie, ausgewählter Wissenschaft und Regierung keine anderen gesellschaftlichen Gruppen angemessen beteiligt gewesen. Öffentlichkeit wurde so gut wie nicht hergestellt.

Angesichts der grundlegenden Veränderungen, die der Einsatz von Informationstechnik mit sich bringt, ist solch ein Vorgehen unverantwortlich. Technologiefolgenforschung sollte in das Programm integriert werden und Untersuchungen sollten sofort beginnen. Die Ziele des Zukunftskonzeptes sollten öffentlich diskutiert werden, damit die Durchsetzung einzelner Interessen begrenzt und sozial orientierte Ziele aufgenommen werden können.

Unser Verständnis von Forschung und öffentlicher Diskussion über Technologiefolgen

Technologien werden auf bestimmte Ziele hin entwickelt, ihr Einsatz gestaltet Arbeits- und Lebensbedingungen. Forschung und öffentliche Diskussion über Technologiefolgen sind Teil des Gestaltungsprozesses.

Technologiefolgenforschung muß auch sozial orientierte Gestaltungsforschung sein, die von sozialen

Problemen ausgehend Zukunftsvisionen zur Diskussion stellt, deren Leitbilder Ausgangspunkt für Forschung und Entwicklung werden können.

Politischen Entscheidungen über Förderschwerpunkte, Ziele und Prozesse in Forschung und Entwicklung, ihre Produkte und Anwendungen muß eine öffentliche Diskussion zugrunde liegen. Zwangsläufig auftretende Zielkonflikte müssen durch demokratische Willensbildung entschieden werden.

Aufgabe von Technologiefolgenforschung ist es, diese öffentliche Auseinandersetzung vorzubereiten und so zur Offenlegung und Nachvollziehbarkeit von Kriterien beizutragen. Forschungsgegenstände sind deshalb:

- Prozeß der Festlegung von Förderschwerpunkten,
- Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsprogrammen und -projekten,
- Nutzung von FuE-Ergebnisse und -Produkten,
- Wirkungen der genutzten FuE-Ergebnisse und-Produkte

Um einseitige Interessendurchsetzung in der Folgenforschung zu vermeiden, müssen Interessenten aus allen gesellschaftlichen Bereichen teilnehmen können.

Technologiefolgenforschung muß zum festen Bestandteil aller FuE-Arbeiten gemacht werden. Der Anteil sollte mindestens 10% an Personal- und Sachkapazität betragen.

Technologiefolgenforschung sollte interdisziplinär durchgeführt werden. Gleichzeitig sind die jeweils der Technologie zugrundeliegenden Methoden weiterzuentwickeln. Auch die Informatik muß sich aktiv an der Technologiefolgenforschung beteiligen und sie in ihre Methoden und Techniken mit aufnehmen.

(Ralf Klischewski, Manfred Domke)

In der Falle

Er muß geglaubt haben, daß zwar einige Benutzer seine Wühlarbeit bemerkt hatten, jedoch niemals einer von LBL. Das Gegenteil traf zu. Wir allein hatten Notiz von ihm genommen. Seine Anschlüsse waren zu unserem Leidwesen immer nur kurz. Die Telefontechniker bedurften einer längeren Verbindung um seine Herkunft genauer einzukreisen. Dazu stellten wir ihm eine Falle. Als Köder erfanden wir einen Text über SDI, der nur so von Regierungsjargon strotzte. Anschließend druckten wir einen Postverteilerschlüssel und als Adresse ein fingiertes Büro.

Und richtig: der Gesuchte biß an. Er nahm sich über eine Stunde Zeit, den erfundenen Schriftsatz zu lesen. Schon feierten wir unseren Sieg mit selbstgezogenen Erdbeeren und Milkshakes - verfrüht, wie wir zu unserem Bedauern zugeben müssen. Einige Wochen später traf ein Brief aus den USA für das Phantombüro ein mit der Bitte des Absenders, auf die Verteilerliste solcher Berichte gesetzt zu werden. Die Information war also nach Deutschland und wieder zurück in die USA gereist.

Die meisten Menschen schreiben lieber über ihre Erfolge als über ihre Pannen. Wir sind hier an unsere Grenzen gestoßen. Vollständigkeit kann der Bericht schon darum nicht beanspruchen, weil wir mit Rücksicht auf die weiterlaufenden Ermittlungen einige Erkenntnisse verschweigen müssen.

Inzwischen haben wir unser Netz gegen unerwünschte Zugriffe besser gesichert. Wenn es jedoch ein geschickter Programmierer darauf anlegt, kann er viele Systeme knacken. Der Kampf ist ungleich. Ein Hacker arbeitet mit allen Mitteln, während sein Verfolger an viele Gesetze gebunden ist. Außerdem ist Sicherheit kein Argument für die Anbieter von Computersoftware. Billig und tüchtig sollen die Programme sein. Diese Haltung trägt nicht gerade dazu bei, Löcher im System zu stopfen.

(Zusammengefaßt nach einem Bericht von Clifford Stoll aus Communications of the ACM, May 1988 von Hildburg Brass)

TERMINE

In dieser Rubrik ist jede Menge Platz für Termine von Veranstaltungen, die für Leser der FIFF KOMMUNIKATION interessant sein könnten. Hinweise auf Veranstaltungen bitte an die Redaktion senden (*Anschrift siehe IMPRESSUM*).

6./7. Oktober 1988, Bonn: "Technikbewertung im öffentlichen Dienst, Symposium zur Wirkung und Gestaltung des technischen Wandels"

Kontakt: Anke Weigend, Akademie des deutschen Beamtenbundes, Technologieberatungsstelle, Gotenstraße 27, 5300 Bonn 2, Tel. (0228) 362006

14. Oktober 1988, 18 Uhr bis 16. Oktober 1988, Hamburg, FIFF-Jahrestagung 1988

Uni Hamburg, Fachbereich Erziehungswissenschaften, Von-Melle-Park 8, 2000 Hamburg 13, Kontakt: Simone Pribbenow, Fachbereich Informatik, Bodenstedtstr. 16, 2000 Hamburg 50, Tel. (040) 8500175

15. Oktober 1988, 16.30 Uhr, Hamburg, FIFF-Mitgliedervollversammlung

Uni Hamburg, Fachbereich Erziehungswissenschaften, Von-Melle-Park 8, 2000 Hamburg 13

18. Oktober 1988, 18.15 bis 20.00 Uhr, Stephan Wehowski: Sendung über FIFF und FIFF- Jahrestagung mit Interviews Hörfunkprogramm SDR2.

5. November 1988, 10 bis 17 Uhr, Bad Godesberg (Stadthalle), Symposium "Weltpolitik im Umbruch - Friedensforschung und Friedensbewegung im Gespräch" (siehe Artikel unter AKTUELL)

Kontakt: Informationsstelle Wissenschaft und Frieden e.V. (IWIF), Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1, Tel. (0228) 210744

2. - 4. Dezember 1988, Tübingen, Kongreß: "Verantwortung für den Frieden - Weiter abrüsten! Fried- liche Wege in die Zukunft"

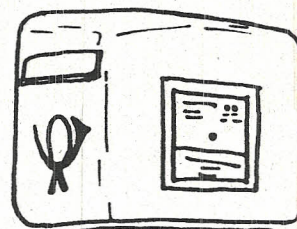
Naturwissenschaftler-Initiative e.V., Kontakt und Anmeldung: Prof. Dr. Hubert Kneser, Institut für Genetik, Weyertal 121, 5000 Köln 41

ADRESSEN

Das FIFF bemüht sich den Mitgliedern die Möglichkeit zu regionalen Kontakten und zur Gründung von Initiativen zu geben. Folgende **Kontaktadressen** wurden uns bisher gemeldet, weitere werden hoffentlich folgen (vorzugsweise mit Telefonnummer).

Regionale Kontaktadressen

- | | | | |
|------|--|------|---|
| 1000 | Michael Löwe
Togostr. 73
Berlin 65 | 6101 | Hans Rupp
Friedrich-Merz-Str. 32
Groß-Bieberach
(bei Darmstadt)
Tel. (06166) 8039 |
| 2000 | Simone Pribbenow
Fachbereich Informatik
Bodenstedtstr. 16
Hamburg 50
Tel. (040) 4123 6115 | 6750 | Andreas Künkler
Ziegelstr. 42
Kaiserslautern
Tel. (0631) 2052630 oder 29498 |
| 2800 | Karin Vosseberg
Universität Bremen
Fachbereich Informatik
Postfach 330440
Bremen 33
Tel. (0421) 218 2280 | 7000 | Karsten Hofmann
Gorch-Fock-Str. 1
Stuttgart 75
Tel. (0711) 472626 |
| 2900 | Fachschaft Informatik
Carl-von-Ossietzky-Universität
Ammerländer Heerstraße
Oldenburg | 7500 | Wolfgang Hinderer
Speyrer Str. 7a
Karlsruhe |
| 4190 | Peter Wittenburg
Burgstr. 56
Kleve
Tel. (02821) 49180 | 7750 | Michael Grütz
Marktstätte 11
Konstanz |
| 4600 | Thomas Jandach
Emil-Figge-Str. 9/208
Dortmund 50 | 7800 | Gerd Schellmann
Habsburgerstr. 60
Freiburg
Tel. (0761) 30951 |
| 5000 | Manfred Keul
Landsbergstr. 16
Köln
Tel. (0221) 317911 | 8000 | Claudia Ruf
Menterschwaigstr. 9
München 90 |
| 5300 | Werner Langenheder
Meckenheimer Allee 131
Bonn | 8520 | Prof. Dr. Horst Müller
Inst. f. math. Maschinen und DV der Universität
Erlangen-Nürnberg
Mertenstr. 3
Erlangen |
| 5400 | Michael Möhring
EWH Koblenz
Rheinau 3-4
Koblenz
Tel. (0261) 12156 (App. 292) | 8700 | Klaus Junker-Schilling
Winterleitenweg 45
Würzburg
Tel. (0931) 883711 |
| 6000 | Ingo Fischer
Dahlmannstr. 31
Frankfurt 60 | 8900 | Eberhard Zehendner
Schubertstr. 4
Augsburg
Tel. (0821) 414554 |



Kontaktadressen der über-regionalen Arbeitskreise

Arbeitskreis "ISDN":

- Hans Rupp
Friedrich-Merz-Str. 32
6101 **Groß-Bieberach**
(bei Darmstadt)
Tel. (06166) 8039

Arbeitskreis "Neue Wege in der Informatik":

- Michael Möhring
EWH Koblenz
Rheinau 3-4
5400 **Koblenz**
Tel. (0261) 12156 (App. 292)

FIFF-Geschäftstelle:

- FIFF-Geschäftstelle
Reuterstr. 44
5300 **Bonn 1**
Tel. (0228) 219946.

Das Büro ist Dienstags 14-19 Uhr und Donnerstags 16-19 Uhr besetzt. Der Geldverkehr läuft über Konto 48000798 bei der Sparkasse Bonn (BLZ 38050000).

IMPRESSUM

Die FIFF KOMMUNIKATION ist das Mitteilungsblatt des Forum Informatiker für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIFF) e.V..

Die Beiträge sollen die Diskussion unter Fachleuten anregen und die interessierte Öffentlichkeit informieren.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die jeweilige AutorInnen-Meinung wieder.

Nachdruckgenehmigung wird nach Rücksprache mit der Redaktion in der Regel gerne erteilt. Voraussetzung hierfür ist die Quellenangabe und die Zusendung von zwei Belegexemplaren.

Heftpreis: DM 1,50, FIFF-Mitglieder erhalten die FIFF KOMMUNIKATION im Rahmen ihrer Mitgliedschaft.

Erscheinungsweise: ca. viermal jährlich

Erscheinungsort: Bonn

Auflage: 1200

Verlagsadresse: FIFF-Geschäftsstelle, Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1, Tel. (0228) 219946.

Druck: PR-Druck und Verlag, Dorotheenstr. 117, 5300 Bonn 1

Redaktionsadresse: Christine Fischer, Solalindenstr. 108, 8000 München 82

Redaktions-Team für FIFF KOMMUNIKATION 3/88: Peter Bader, Hildburg Brass, Ulrich Czucka, Christine Fischer (verantwortlich), Friedemann Gerster-Streit, Uli Kick, Peter Kaiser, Winfried Seidel, Hellmut Weber (verantwortlich)

Redaktionsschluß für FIFF KOMMUNIKATION 4/88: 7. November 1988 (Leserbriefe 28. November 1988).

Was will das FIFF?

Im Forum Informatiker für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.v. (FIFF) haben sich InformatikerInnen zusammenschlossen, die sich nicht nur für die technischen Aspekte, sondern auch für die gesellschaftlichen Auswirkungen ihres Fachgebietes verantwortlich fühlen und entsprechende Arbeit leisten wollen:

Erarbeiten einer Geschichte der Informatik, in welcher der entscheidende Einfluß militärischer Ziele für die bisherige Entwicklung der Informatik nicht verschwiegen wird.

Zusammentragen von Wissen über die Wirkung der Informationstechnik auf Gesellschaft und Umwelt, Diskutieren dieses Materials in der Öffentlichkeit.

Suchen Möglichkeiten für einen sozialverträglichen Einsatz von Datenverarbeitungs-Anlagen und -Anwendungen; Entwickeln und Erproben einer auf Menschen hin orientierten Informationstechnik.

Schärfen des Verantwortungsbewußtseins von FachkollegInnen; Beitragen zur Verbreitung einer Berufsethik, die den Menschen auch in der Arbeit im Mittelpunkt sieht und es daher nicht zuläßt, die eigenen Kenntnisse für menschenfeindliche Zwecke einzusetzen.

Eintreten in der Öffentlichkeit für einen friedlichen, gesellschaftlich nützlichen Einsatz der Informationstechnik.

Zusammenarbeiten mit vergleichbaren Organisationen in anderen Ländern (Computer Professionals for Social Responsibility (CPSR) in USA).

Im FIFF sind gleichberechtigt und gleichgewichtig Studierende, WissenschaftlerInnen und im Berufsleben stehende InformatikerInnen organisiert. Sie fordern alle in der Informationstechnik Arbeitenden auf, sich ebenfalls mit dem gesellschaftlichen Umfeld, insbesondere den betrieblichen Voraussetzungen und den sozialen Auswirkungen ihrer Arbeit zu beschäftigen.

Der FIFF-Vorstand

Prof. Dr. Reinhold Franck
(Vorsitzender)
Saarbrücker Str. 43
2800 Bremen 1
Tel. (0421) 446610

Christine Fischer
Solalindenstr. 108
8000 München 82
Tel. (089) 4300973

Helga Genrich
(Stellvertr. Vorsitzende)
Im Spicher Garten 3
5330 Königswinter 21
Tel. (02244) 3264

Prof. Dr. Wolfgang Hesse
Pienzenauer Str. 5
8000 München 80
Tel. (089) 986526

Ralf Klischewski
Daimlerstr. 77
2000 Hamburg 50
Tel. (040) 8903857

Gilla Reckert
Fuldastr. 22
4600 Dortmund 41
Tel. (0231) 458484

Chrisanthos Vasiliadis
Franz-Rücker-Allee 39
6000 Frankfurt/Main 90
Tel. (069) 778512

Dr. Hellmut Weber
Degenfeldstr. 2
8000 München 40
Tel. (089) 3081172

Call for Papers

Die FIFF KOMMUNIKATION lebt von der aktiven Mitarbeit ihrer Leser. Die Redaktion wünscht sich viele lebendige Beiträge die zur Diskussion über FIFF-Themen anregen. Leserbriefe werden mit Absender veröffentlicht. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Erbeten sind Zeichnungen, Comics usw. zu Informatik-Themen oder zu eingereichten Beiträgen. Die Bearbeitung wird erleichtert, wenn die Beiträge auf Disketten (5 1/4-Zoll, ASCII-Dateien im MS-DOS-Format, Leerzeilen zwischen den Absätzen) oder sauber und groß gedruckt (zur Verarbeitung mit einem Scanner) der Redaktion zugehen. Eine Adresse für Electronic Mail kann bei der Redaktion erfragt werden.

VIELZWECK SCHNIPSEL

Die/Der bin ich:

Name: _____ Straße: _____
 Wohnort: _____ Mitgliedsnummer (falls bekannt): _____
 Telefon (Angabe nur wenn erwünscht, privat): _____ (Arbeit): _____

Das möchte ich:

- ☐ Ich möchte ☐ aktives bzw. ☐ förderndes Mitglied des FIFF werden
 (Mindestbetrag ist für Verdienende DM 60.--, für Studierende DM 15.-- pro Jahr)
☐ Ich überweise DM _____ auf Konto 048000798 der Sparkasse Bonn (BLZ 38050000)
☐ Einzugsermächtigung (siehe unten) ist ausgefüllt

☐ Ich möchte meine neue/korrigierte Anschrift mitteilen (siehe oben). Meine alte/falsche Anschrift:
 Straße: _____ Wohnort: _____

- ☐ Ich möchte FIFF etwas spenden
☐ Verrechnungsscheck über DM _____ liegt bei
☐ Spendenquittung am Ende des Kalenderjahres erbeten

☐ Ich möchte mehr über FIFF wissen, bitte schickt mir _____

☐ Ich möchte gegen Rechnung zuzüglich Portokosten bestellen:

- ☐ Ich möchte FIFF informieren über einen Artikel/ein Buch
☐ Zitat (siehe unten)
☐ Kopie liegt bei

- ☐ Ich möchte zur FIFF KOMMUNIKATION beitragen mit
☐ einem Manuskript zur Veröffentlichung (liegt bei)
☐ einer Anregung (siehe unten)
- _____
- _____
- _____

☐ Ich möchte einen richtigen Brief schreiben. Der VIELZWECK-SCHNIPSEL ist nichts für mich!

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich das FIFF e.V. widerruflich, meinen Mitgliedsbeitrag durch Lastschrift einzuziehen.

Jahresbeitrag: DM _____ Erstmals: _____ Konto-Nr.: _____ BLZ: _____

Geldinstitut: _____ Wenn das Konto keine

Deckung ausweist, besteht keine Verpflichtung des Geldinstitutes, die Lastschrift auszuführen

Name: _____ Straße: _____

Wohnort: _____ Datum: _____ Unterschrift: _____

(Wir werden Ihre Daten nur für Zwecke des FIFF verarbeiten und keinem Dritten zugänglich machen.)



Bitte ausschneiden und einsenden an:
 Forum Informatiker für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIFF) Reuterstraße 44, 5300 Bonn 1





ÜBERALL

Wegen der Ferienzeit und wegen sträflicher Untätigkeit der Redaktion und da seit der letzten FIFF KOMMUNIKATION keine Beiratssitzung stattgefunden hat, gibt es diesmal in der Rubrik FIFF-ÜBERALL nur einen einzigen kleinen Beitrag. Das muß mit Hilfe der Leser beim nächsten Mal besser werden. Jeder auch noch so kurze Beitrag über regionale Aktivitäten ist willkommen.

München

Nach dem berühmten Sommerloch, das mit einem Treffen im Biergarten gefüllt wurde, ist es im September beim Plenum mit einem Workshop über ein "alternatives Mailboxsystem" wieder richtig losgegangen. Es wurde mit Unterstützung des Sozialistischen Computer Clubs durchgeführt.

SCHLUSS-P



Rein in die Datei!?

Verfassungsschutz-Chef Lochte beschwert sich über Datenflut

Unter dieser Überschrift war am 9. Juli 1988 in einem Kommentar der TAZ von Axel Kintzinger unter anderem zu lesen:

"Zugegeben: Obwohl die Sammelwut deutscher Sicherheitsbehörden bekannt ist, lösen die von Lochte jetzt veröffentlichten, mit dem Zollstock vermessenen Computerausdruck-Fahnen Beklemmung aus."

(...)

"Aber: man sollte die Sammelwut der Datenjäger, die ihre massenhafte Existenz mit ihren Riesendateien zu rechtfertigen versuchen, mit den eigenen Waffen schlagen. Jede und jeder sollte versuchen, in die Dateien reinzukommen. Irgendwann sehen die Fahnder dann den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr, das Sicherheitssystem kollabiert."



... und da war noch was zur

geschlechtsspezifischen Technikeinschätzung

"Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der generellen Einstellung zu Technik und im Umgang mit der Technik liegen darin, daß Männer Technik positiver bewerten als Frauen. Das heißt, für Männer ist die Beschäftigung mit Technik an sich schon positiv und wird häufig auch zum Spaß betrieben (z.B. Computerspiele), während von Frauen Technik meist als ein Mittel zur besseren und schnelleren Aufgabenerfüllung gesehen wird.

Frauen akzeptieren Technik nur, wenn der Vorteil für ihre Arbeit offensichtlich ist, und auch dann oft nur mit Vorbehalt. Aus dieser Haltung von Frauen kann allerdings kein Rückschluß auf den kompetenten Umgang mit dieser Technik kein Rückschluß auf den kompetenten Umgang mit dieser Technik

gezogen werden. Es ist eine bekannte Tatsache, daß Frauen mit der bislang in Büros eingesetzten Technik, wie Telefonanlagen, Fotokopierer oder Diktiergeräten oft besser zurechtkommen als Männer.

Wenn es gelingt, durch Abbau der Vorbehalte und Ängste, bei Frauen eine neutrale Einstellung zu erreichen und eine Technik ausgewählt und zur Verfügung gestellt wird, die sichtbare Vorteile bei der Aufgabenerfüllung bringt, ist die Intensität und Effizienz der Nutzung von Technik bei Frauen nicht geringer als bei Männern."

(aus *Ganzheitliche Planung und Realisierung in der Bürokommunikation, Handbuch der modernen Datenverarbeitung*, Heft 136, Juli 1987, Forkel-Verlag)

Zu klein geraten

Zu unserem Bedauern war durch die Verkleinerung der Name des Zeichners unter dem Bild im **SCHLUSSPIFF** der **FIF** KOMMUNIKATION 2/88 unlesbar geworden. Es stammt aus der ZEIT und er heißt Thyrso A. Brisólla.